



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 88 Okt./1 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Krebsfälle bei Jugendlichen um 79% gestiegen

uncut-news.ch, September 12, 2023



Eine neue, von Experten begutachtete Studie hat einen besorgniserregenden Anstieg der Krebserkrankungen bei jungen Menschen festgestellt.

Die Studie wurde in der renommierten Fachzeitschrift «BMJ Oncology» veröffentlicht und analysierte Daten aus den Jahren 1990 und 2019. Sie wurde von einem Forscherteam der Zhejiang University School of Medicine und des Usher Institute der University of Edinburgh durchgeführt.

Die Forscher stellten fest, dass die Zahl der Krebsneuerkrankungen bei Menschen unter 50 Jahren in den vergangenen drei Jahrzehnten um 79% gestiegen ist. Für die Studie analysierten die Forscher Daten aus der Global Burden of Disease 2019-Studie. Die Studie von 2019 untersuchte die Prävalenz von 29 Krebsarten in 204 Ländern oder Regionen.

Die Forscher untersuchten die Anzahl der Neuerkrankungen, Todesfälle, gesundheitlichen Folgen und Risikofaktoren für Menschen im Alter von 14 bis 49 Jahren. Allein im Jahr 2019 gab es in dieser Altersgruppe 3,26 Millionen Fälle von Krebs im Frühstadium, was einem Anstieg von 79,1 Prozent seit 1990 entspricht.

Auch die Zahl der krebisbedingten Todesfälle ist seit 1990 um 27,7 Prozent gestiegen. Zu den häufigsten Todesursachen zählten nach Angaben des Forscherteams Krebserkrankungen der Brust, der Luftröhre, der Lunge, des Darms und des Magens. Die Fälle von Luftröhrenkrebs und Prostatakrebs haben seit 1990 am stärksten zugenommen, während Brustkrebs die höchste Inzidenzrate bei den früh auftretenden Fällen aufwies. Die Fälle von Leberkrebs im Frühstadium sind dagegen zurückgegangen.

Nordamerika wurde neben Australasien und Westeuropa als eine der Regionen mit der höchsten Inzidenz von Krebs im Frühstadium im Jahr 2019 genannt. Die höchsten Sterberaten wurden dagegen in Osteuropa, Ozeanien und Zentralasien verzeichnet.

«Die steigende Inzidenz von Krebs im Frühstadium könnte teilweise auf die zunehmende Nutzung von Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennung in entwickelten Regionen und Ländern zurückzuführen sein», schreiben die Autoren der Studie.

Der Anstieg der Entdeckungen könnte jedoch auch einen Silberstreif am Horizont haben.

Der Autor der Studie, Dr. Xue Li, weist auf die «hervorragenden» Vorsorgemassnahmen in Grossbritannien hin, die zu einem Rückgang der Todesfälle durch Krebs im Frühstadium geführt haben.

«Erfreulicherweise ist die jährliche Sterblichkeitsrate bei Krebs im Frühstadium in Grossbritannien stetig gesunken, was ein Beweis für die hervorragenden Bemühungen bei der Krebsvorsorge und -behandlung in den letzten drei Jahrzehnten ist», sagte Li vom Zentrum für Globale Gesundheit am Usher-Institut der Universität Edinburgh laut «The Independent».

Sollten sich die von dem Team beobachteten Trends fortsetzen, könnte die Zahl der Krebsdiagnosen im Frühstadium bis 2030 um 31% und die Zahl der Todesfälle um 21% steigen, so die Forscher.

Die Autoren weisen darauf hin, dass «das lokale Umfeld, der Lebensstil und das Niveau der verfügbaren medizinischen Behandlung» zu regionalen Unterschieden bei Krebsfällen und Sterblichkeitsraten führen könnten. Neben der genetischen Veranlagung könnten den Ergebnissen zufolge auch eine «westliche Ernährung» mit zu viel rotem Fleisch und Salz – und in der Folge zu wenig Obst und Milch – ein Risiko für junge Menschen darstellen.

Alkohol- und Tabakkonsum wurden ebenso als Krebsrisikofaktoren für Menschen unter 50 Jahren genannt wie Bewegungsmangel, ein hoher Body-Mass-Index und erhöhte Blutzuckerwerte.

QUELLE: CANCER CASES IN YOUNG PEOPLE SOAR BY 79%

Quelle: <https://uncutnews.ch/krebsfaelle-bei-jugendlichen-um-79-gestiegen/>

Hegemon zeigt Schwäche: Washington muss sich vor «Bösewichten» erniedrigen

Von Wiktorija Nikiforowa; 12 Sep. 2023 07:30 Uhr

Die ausbleibende Verurteilung Russlands in der Abschlusserklärung der G20 ist nicht nur eine Niederlage der US-Diplomatie, sondern auch ein Zeichen des Wandels der globalen Kräfteverhältnisse. Washington kann es sich immer weniger leisten, die Weltgemeinschaft zu erpressen.

Kaum war die Deklaration der G20 in Neu-Delhi verabschiedet, wurde in den USA Kritik daran laut. Wie kam es dazu, dass in der Abschlusserklärung – dem «Heiligen Gral» der G20 – keine Ausfälle gegen Russland vorkamen, und die Causa Ukraine nur äusserst verhalten erwähnt wird? Was taten die US-Delegaten und warum schafften sie es nicht einmal in den 200 Stunden, in denen die Ukraine-Frage besprochen wurde, Washingtons antirussische Position durchzuboxen?

In dem Dokument sind weder eine Verurteilung Russlands noch Aufrufe zum Rückzug russischer Truppen zu finden – lediglich Allgemeinplätze über die Notwendigkeit, die territoriale Integrität zu respektieren. Diese können aber durchaus auch so interpretiert werden, dass es an der Ukraine sei, Russlands territoriale Integrität in Bezug auf die Krim und die neuen Regionen zu respektieren.

US-Diplomaten versuchten, sich zu rechtfertigen: Aus ihrer Sicht sei die Deklaration «gut». Ihre britischen Kollegen entfernten sich indessen von der Realität so weit, dass sie der Zeitung «Politico» mitteilten, dass die Deklaration Putin zwingen werde, Truppen abzuziehen und Territorien an die Ukraine zurückzugeben. Europäische Beamte murrten, dass, wenn sie das Dokument selbst verfasst hätten, alles ganz anders gekommen wäre. Doch hier sei ein Konsens notwendig gewesen, deswegen möge das Publikum Verständnis aufbringen.

Diese lahme Rhetorik kann nicht über eine offensichtliche Tatsache hinwegtäuschen: Beim G20-Gipfel setzte sich in Bezug auf die Causa Ukraine die konsolidierte Meinung der BRICS-Mitgliedsstaaten und der sich ihnen anschliessenden Vertreter des Globalen Südens durch. Gerade sie wurde in der Abschlusserklärung reflektiert.

Der kollektive Westen war gezwungen, diese Entscheidung der nichtwestlichen Mehrheit bescheiden hinzunehmen. Das ist nicht nur ein diplomatischer Sieg Russlands – auch wenn den russischen Diplomaten zweifellos Anerkennung gebührt –, sondern auch eine Widerspiegelung der realen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfteverhältnisse.

Vor einem Vierteljahrhundert waren die G20 als eine Art Anhängsel zu den G7 entstanden. Ende der 1990er-Jahre trieb die Weltwirtschaftskrise Milliarden Menschen in den Ländern des Globalen Südens und des postsowjetischen Raums in die Armut, während sich die G7 daran bereicherten. Da entstand die Idee, die Lösung wirtschaftlicher Probleme mit den Entwicklungsländern zu besprechen. Vorgesehen war, dass die Granden der G7 Predigten halten, während ihnen alle anderen ehrfurchtsvoll zuhören und ihre Anweisungen befolgen.

Heute vollzogen die Beziehungen innerhalb der G20 eine Wendung um 180 Grad. Die BRICS-Länder überholten die G7 im Anteil am weltweiten BIP und befinden sich wirtschaftlich, sozial und militärisch im Aufstieg. Die westlichen Staaten erleben einen Niedergang – natürlich verlieren sie damit auch diplomatische Druckmittel.

US-Journalisten machen keinen Hehl aus ihrem Ärger darüber, dass beim Gipfel in Neu-Delhi Narendra Modi das Solo spielte, während sich der US-Präsident im Hintergrund umhertrieb und nur selten zu Fototerminen erschien.

Der Grossteil der beim Gipfeltreffen angenommenen Beschlüsse widerspricht offen Washingtons Interessen und vernichtet die Reste seiner Hegemonie. Die Idee, die Welthandelsorganisation zu reformieren, zielt auf die Säuberung der Organisation von US-amerikanischem Einfluss ab. Es ist schliesslich undenkbar, dass eine angeblich neutrale internationale Organisation vor offenen Verletzungen des Freihandelsprinzips durch die USA und die EU die Augen verschliesst.

Der neue Transportkorridor von Indien nach Europa wird die USA aus den Beziehungen zwischen der EU und Bharat zurückdrängen. Die Einladung der Afrikanischen Union zu den G20 wird es Washington nur noch weiter erschweren, seine Kontrahenten durch Boykotte und Sanktionen zu erpressen. Der ehemalige Hegemon bemühte sich so sehr, Russland und China zu Ausgestossenen zu machen, dass er selbst begann, sich in einen Ausgestossenen zu verwandeln, ohne es zu merken.

Journalisten der europäischen Zeitung «Politico» bemerkten mit verhaltener Schadenfreude, dass der US-Präsident gezwungen war, sich beim Gipfeltreffen mit den «Bösewichten» der Weltpolitik zu unterhalten. Im liberalen Neusprech werden so der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan und der saudische Staatschef Mohammed bin Salman genannt. Zuvor war selbst Indiens Ministerpräsident bei den «Bösewichten» eingeordnet worden: Einflussreiche US-Medien bezeichneten Narendra Modi als «rechtsextremen Autokraten», und das US-Aussenministerium erteilte ihm kein Visum.

Doch diese Zeiten sind vorbei. Nun muss sich der US-Präsident bei den «Bösewichten» einschmeicheln. Europäische Beobachter machten das Publikum darauf aufmerksam, dass Biden, der sich zuvor geweigert hatte, Mohammed bin Salman die Hand zu geben (vor einem Jahr stiessen sie bei einem Treffen nur die Fäuste zusammen), in Neu-Delhi gezwungen war, dem saudischen Prinzen öffentlich die Hand zu schütteln. Und dass es Narendra Modi selbst war, der als Gastgeber diesen Handschlag besiegelte.

Dabei beehrten die beiden schlimmsten «Bösewichte» der Gegenwart – Wladimir Putin und Xi Jinping – den Gipfel nicht einmal durch ihre Abwesenheit. Doch selbst in Bezug auf sie erklang keinerlei Kritik. Der US-Präsident vergass scheinbar alle seine Drohungen und Beleidigungen und benahm sich überraschend friedlich. Er kommentierte nicht einmal die am Rande des Gipfels kursierenden Gerüchte darüber, dass Chinas Regierung die Durchführung des G20-Gipfels im Jahr 2026 in den USA nicht begrüsse.

In Bezug auf den chinesischen Staatschef gelang es, aus Biden gerade einmal drei Worte herauszupressen. «Es wäre nett», sagte er und meinte dabei, dass er sich freuen würde, wenn Xi Jinping zum Gipfel in Neu-Delhi erscheinen könnte. Das war's – keine langen Reden über die angebliche «Unterdrückung der Uiguren», keine Provokationen in Bezug auf Taiwan.

Bidens Berater Jake Sullivan antwortete indessen schroff auf die Fragen der Journalisten, warum er beim Staatschef von Indien keine Einsprüche zu Themen des Rechtsschutzes erhebe, dass er am Gipfel nicht dazu teilnehme, um «Strafzettel zu verteilen».

Doch gerade das taten die US-Beamten jahrzehntelang auf der internationalen Bühne – sie verteilten Strafzettel an ungehorsame Länder, warfen unabhängigen Staatsschefs alle möglichen Sünden vor und erpressten mithilfe ihrer gezähmten Medien und Nichtregierungsorganisationen jeden souveränen Politiker. In Neu-Delhi ging diese Maschinerie der Abschreckung zu Bruch, und zwar vor aller Augen. Selbst Washingtons europäische Vasallen kamen nicht umhin zu bemerken, dass der Hegemon Schwäche zeigte. Vermutlich werden sie ihre Schlüsse daraus ziehen.

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei RIA Nowosti.

Quelle: <https://freeassange.rtdc.me/international/180461-hegemon-zeigt-schwaeche-washington-muss/>



Ein Artikel von Frank Blenz; 8. September 2023 um 10:00

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist dieser Tage einer Einladung des Inspektors der Bundeswehr-Luftwaffe nachgekommen. Bekanntermassen tat sie das gern, gilt sie doch als ausgesprochen innige Lobbyistin des Militärischen in unserem Land. Sie veröffentlichte ihren Besuch bei der fliegenden Truppe folgerichtig mit einem cool meinenden Beitrag in sozialen Medien, formulierte überaus salopp, gesponsert als Werbeanzeige, finanziert von der Bundestagsfraktion der FDP. Strack-Zimmermann hob geradezu ab, als wäre sie Darstellerin eines US-Action-Films. Und ja, sie sah richtig chic aus in Pilotenmontur und durfte sogar mitfliegen. Da fragt man sich: Was sind das nur für Zeiten? Ein Zwischenruf von Frank Blenz.

Beim Anblick der Fotos der kleinen Dame mit weissem Kurzhaarschnitt beim Luftwaffengeschwader 31 Boelcke bei Köln bleibt mir die Spucke weg. Ihren Kommentar kann ich nicht teilen, ich empfinde keinerlei Verständnis oder etwa joviale Sympathie, weil es ja eigentlich lediglich ein Besuch einer Politikerin bei unseren Verteidigern ist. Doch gerade brennt in Europa die Luft, und jede Geste der Abrüstung wäre eine richtige. Wäre sie zu Hause geblieben, rufe ich dazwischen. Sie, die Lobbyistin des Militärs, indes schwärmt und meint, einen der aufregendsten Tage ihres Lebens gehabt zu haben. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann schreibt (26. August via Facebook):

Gestern erlebte ich einen der aufregendsten Tage meines Lebens. Dank einer besonderen Einladung des Inspektors Luftwaffe hatte ich die Gelegenheit, in einem Eurofighter mitzufliegen. Der Flug fand beim Taktischen Luftwaffengeschwader 31 «Boelcke» in Nörvenich bei Köln statt, und ich kann nur sagen: Top Gun-Feeling pur!

Bevor ich in den Jet steigen konnte, wurden natürlich alle nötigen medizinischen Checks durchgeführt – die ich glücklicherweise bestanden habe.

Manche fragen sich: Warum setze ich mich in Panzer und Kampffjets der Bundeswehr? Die Antwort ist einfach. Ich bin fest davon überzeugt, dass ich nur so authentisch und glaubhaft für die Interessen der Soldatinnen und Soldaten eintreten kann. Und ja, ein kleines bisschen Spass hat es natürlich auch gemacht.

Ein grosses Dankeschön geht an alle, die diesen unvergesslichen Flug möglich gemacht haben. Allen Soldatinnen und Soldaten, die tagtäglich Ihren Dienst für uns verrichten, zolle ich Respekt. Es war mir eine Ehre und ein Privileg, diese Erfahrung zu machen. (MASZ)

In Kurzform lesen sich Strack-Zimmermanns Einlassungen so:

TOP GUN FEELING bei @strackzimmermann – das hat sie jedenfalls selbst über ihren Besuch bei der Bundeswehr gesagt. Da ist sie nach Einladung des Inspektors der Luftwaffe in einen Eurofighter gestiegen und konnte mitfliegen.

Bei all dem Spass: Man kann sich nur glaubhaft für die Interessen der Soldatinnen und Soldaten der #Bundeswehr einsetzen, wenn man vor Ort ist und die Praxis miterlebt. Und wenn's dann auch noch Spass macht...

Wir danken allen, die bei der Bundeswehr für die Interessen unseres Landes eintreten – egal ob auf dem Übungsplatz, im Ausland oder in der Verwaltung

Reaktionen im Netz blieben nicht aus, hier einige Wortmeldungen unter Strack-Zimmermanns Beitrag:
Perfekt! Ab an die Ostfront in der Ukraine mit der Dame! Ist dann doch mal ein Vorbild!!!

**Endlich mal den Worten auch Taten folgen lassen!!! Super, besser morgen als übermorgen!!! Und alle, die für weitere Waffenlieferungen sind, bitte unbedingt mitnehmen!!! Hurra!!!
Vielleicht ist dann ja endlich bald Frieden dort!!!**

**Die sollte man sofort an die Front bringen, mal gucken, ob sie dann immer noch Spass empfindet. Kriegstreiberin!
Eine furchtbare Frau.**

Und auch solche Wortmeldungen sind zu lesen:

**Endlich mal Politiker, die sich für die Truppe interessieren.
Sagenhaft, ich bin begeistert.
Mutig.**

Einen NachDenkSeiten-Artikel habe ich zur gleichen Zeit auf dem Schirm, «Krieg ohne Krieger». Ich lese und bin fassungslos:

Diese Soldaten kämpfen tagtäglich. (Genauer: Sie müssen das!) Das heisst: Sie greifen an und sie verteidigen. Sie sitzen in Panzern, Kampfhubschraubern und -flugzeugen und sie sind hinter der x-ten Verteidigungslinie in Schützengräben verschanzt. Sie bedienen Raketenwerfer, Langrohrkanonen, Mörser und Haubitzen, sie starten Drohnen und Marschflugkörper, sie schießen mit Panzerfäusten, Granaten, Raketen, Schmetterlingsminen, Streumunition und abgereichertem Uran. Sie beschossen militärische und sie beschossen zivile Ziele. Kurz: Sie zerstören, sie verletzen, sie töten. Und sie werden verletzt und getötet.

Die Zeilen sind nicht aus einem Roman von Erich Maria Remarque, sie beschreiben den derzeitigen, fortwährenden Kriegsalltag in der Ukraine. Von wegen Top-Gun-Feeling...

Die FDP-Bundestagsabgeordnete posiert für schöne Fotos und empfindet dagegen Top-Gun-Feeling. Ebenso kantige, treffende Fotos, Worte, Termine in Sachen Abrüstung, Diplomatie, Verhandlungen, Friedensforderungen – bei ihr völlige Fehlanzeige. Stattdessen bestätigt die Politikerin aus dem Rheinland mit ihrer Militär-Show, wofür sie steht, was sie umtreibt. Und sie ist enorm umtriebig – Hauptsache, es hat etwas mit Wehrhaftigkeit, mit Rüstungsindustrie, mit Feindbildern, mit Aggressivität zu tun. Strack-Zimmermann gehört erlesenen Kreisen an: Dem Förderkreis Deutsches Heer, der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, sie hält den Vorsitz des Verteidigungsausschusses inne. Wie bei ihren aktuellen Posts im Netz äussert sich die Freundin der Rüstungsindustrie schon mal lässig zum Thema Rüstung und Geldverdienen. In einem Interview für die «Süddeutsche Zeitung» formulierte Strack-Zimmermann, was es braucht, um als Bundeswehr eine Daseinsberechtigung zu besitzen:

«Was wir brauchen – das mag martialisch klingen – Sie brauchen, um aus Sicht der Bundeswehr zu agieren, ein Feindbild.» Quelle: SZ

Der Feind? Bei Strack-Zimmermann heisst der Russland.

Gute Laune lebt die Politikerin gerade in vollen Zügen aus, was Wunder, die Ausgaben für Rüstung werden erhöht, die Ausgaben für Soziales gerade gekürzt und/oder eingedampft – wie bei den Finanzen für die Kindergrundsicherung. Statt zwölf gibt es dank der Knausrigkeit von Strack-Zimmermanns Parteikollegen und Finanzminister Christian Lindner für die Reform gerade mal 2,4 Milliarden ab 2025. Prioritäten haben die zwei Politiker eben andere.

Zurück zum Top-Gun-Feeling von Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Ein weiterer Leser fragt direkt nach:

Da Sie ja immer so begeistert von Waffenlieferungen sind, um den Krieg mehr und mehr zu pushen, wäre es doch gut, Sie fliegen in die Ukraine mit dem Jet und kämpfen selbst?? Wäre das keine Idee?

Was wohl die Politikerin dazu sagt? Mir fällt ein Spruch vom eingangs erwähnten, geschätzten Schriftsteller Remarque ein, der einst sinnierte: «Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hinmüssen.»

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=103523>



Ein Artikel von Maxim Goldarb; 8. September 2023 um 11:00

In letzter Zeit lesen bzw. hören wir oft in den ukrainischen Nachrichten oder im Fernsehen von «Staatsverrättern», die vom ukrainischen Sicherheitsdienst oder den Staatsanwälten enttarnt wurden und staatsfeindlicher Aktivitäten sowie des Verrats verdächtigt werden. In der Regel handelt es sich bei den «Verrätern» um bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder Politiker, welche die Politik der Regierung kritisieren, sich für Frieden aussprechen oder korrupte Machenschaften des derzeitigen Regimes aufdecken. Viel weniger bekannt sind jedoch die zahlreichen Fälle, in denen normale Bürger wegen absolut geringfügiger «Vergehen» ebenso als «Verräter» gebrandmarkt werden. Regierungskritische Beiträge in sozialen Netzwerken oder auch nur ein Like auf Facebook reichen aus. Ein Einblick in die Mechanismen des Kiewer Unterdrückungsapparates von Maxim Goldarb.

Die Behörden verfolgen dabei mehrere Ziele:

1. die Aufmerksamkeit der Ukrainer von ihren eigenen Fehlkalkulationen, Fehlern, Verbrechen und Versäumnissen abzulenken;
2. Aufbau des Bildes von «Volksfeinden»;
3. die strafrechtliche Verfolgung von politischen Gegnern und Konkurrenten;
4. Schaffung und Pflege einer allumfassenden Atmosphäre der Angst, des gegenseitigen Misstrauens und des Hasses in der ukrainischen Gesellschaft (Verwirklichung des Prinzips «teile und herrsche»).

Die Punkte eins, zwei und vier zielen auf das Erzielen psychologischer Ergebnisse ab, wie z.B. die massenhafte Täuschung der Gesellschaft, die diese in den Abgrund von Angst und Misstrauen stürzt und die Aufmerksamkeit von der Realität ablenkt. Punkt drei ermöglicht es, mit Gegnern der Obrigkeit umzugehen, sie von der politischen Ebene zu entfernen, sie in Gefängnisse zu werfen, sie zu verstümmeln und sogar zu töten, sie zu verfolgen, ihnen ihr Eigentum und ihre Geschäfte wegzunehmen.

Die Uneingeweihten stellen sich zweifellos eine Frage: Warum werden Gegner der Behörden und andere Personen oft unter genau diesem Artikel des Strafgesetzbuches, unter genau diesem Verbrechen – Hochverrat – angeklagt? Die Antwort lautet wie folgt: Der Wortlaut des Straftatbestands «Hochverrat» in Artikel 111 des Strafgesetzbuchs der Ukraine ist sehr vage und abstrakt, was dem Strafsystem die Möglichkeit gibt, jeden zu belangen, der vom Präsidenten oder seinem Team angezeigt wird.

Ich möchte die Leser daran erinnern, dass die derzeitige Fassung dieser Bestimmung von Abgeordneten der Partei von Präsident Selensky verfasst und angenommen wurde, sodass es nicht verwunderlich ist, dass sie genauso ausgefallen ist: «Multilateral», vage und je nach Aufgabe oder Anweisungen von oben unterschiedlich auslegbar. Schliesslich müssen Sie zugeben, dass die Formulierung, «eine Handlung, die zum Nachteil der Souveränität, der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit, der Verteidigungsfähigkeit, der staatlichen, wirtschaftlichen und informationellen Sicherheit der Ukraine begangen wurde», beliebig ausgelegt werden kann und letztlich jeder unter diese Begriffe fallen kann. Das Wichtigste und Entscheidende ist, wer heute in der Ukraine das Recht hat, diese Worte anzuwenden, auszulegen und zu bewerten.

Offensichtlich sind dies nicht die Gerichte, sondern die Sonderdienste und Staatsanwälte – beide sind absolut abhängig und werden vom Präsidenten oder seinen Strukturen ernannt und abgesetzt. Nachdem er an die Macht gekommen war, hat Selensky alles getan, um die Ernennung aller Leiter der Strafverfolgungsbehörden zu beeinflussen und seine Leute dort unterzubringen. Jetzt, während des Krieges, ist es ihm ge-

lungen, die gesamte Macht über die Justiz in der Ukraine in seinen Händen zu konzentrieren, obwohl dies absolut im Widerspruch zu den Bestimmungen der ukrainischen Verfassung steht:

Die Leitung der Ermittlungsbehörden (GBI, SBU, Staatsanwaltschaft, Polizei, BEB) und des Justizwesens wird nun vollständig vom Präsidentenamt kontrolliert und ist ihm gegenüber rechenschaftspflichtig, d.h. sie wird von ihm ernannt und abgesetzt. Darüber hinaus ist Staatsverrat ein besonders schweres Verbrechen, und die Sanktion des Artikels 111 sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu 15 Jahren vor, während das Strafprozessrecht die Festnahme eines Verdächtigen nach diesem Artikel ohne Recht auf Kautions- oder Freiheit zulässt.

Zweifellos würde jeder vernünftige Jurist aus einem demokratischen Land, das über ein unabhängiges und relativ faires und unparteiisches Justizsystem verfügt, die Frage stellen: Aber um die Schuld einer Person an einem so schweren Verbrechen zu beweisen, braucht man eindeutige und unwiderlegbare Beweise, die auf ausschliesslich legale Weise gesammelt wurden, wie z.B. Materialien von operativen Massnahmen (z.B. Abhörgeräte, Lesen von Korrespondenz, Überwachung, Video- und Audioaufnahmen von Gesprächen, Treffen, Aktionen, physische Beweise, qualitative Agentenberichte). Und nur auf der Grundlage der Summe all dieser Beweismittel und ihrer umfassenden Bewertung vor Gericht wäre eine faire und objektive gerichtliche Entscheidung über die Schuld oder Unschuld des Angeklagten möglich. Und der Jurist hätte mit seinem Einwand vollkommen recht.

Allerdings mit einer Einschränkung: Wir sprechen hier von der Ukraine im Jahr 2023. Werter Leser, in Ihrem Rechtssystem ist es notwendig, gründlich die Schuld einer Person vor einem Richter zu beweisen, um ihn vor Gericht zu bringen. In der Ukraine, seit dem Beginn des Krieges, gibt es dafür keine Notwendigkeit mehr – in keiner Form. Man muss den Gegner der Behörden/das Opfer einfach nur festnehmen und in Gewahrsam nehmen, und das ist alles. Weiter werden in der Haftanstalt unerträgliche Bedingungen geschaffen, es wird gefoltert und gequält, erpresst und missbraucht, und er ist auf unbestimmte Zeit dort.

Das ist auch heute der Fall. Die ganze Welt kennt die schreckliche Situation mit linken Aktivisten und Antifaschisten, den Brüdern Alexander und Michail Kononowitsch, dem Publizisten und Blogger Dmitri Skworzow, der Rechtsanwältin und Menschenrechtsaktivistin Elena Bereschnaja, die für ihre antifaschistische Haltung bekannt ist, und vielen anderen Personen des öffentlichen Lebens, die sich aus der Opposition heraus zu Wort gemeldet haben.

Aber es ist unmöglich, einen Menschen zu ergreifen und hinter Gitter zu werfen, indem man ihn eines der schwersten Verbrechen gegen das Land beschuldigt, wie es die Gestapo einst in Nazideutschland tat, ohne irgendwelche, zumindest die geringsten, Gründe und Begründungen, wird der Leser einwenden. Es ist möglich, heute in der Ukraine ist es möglich, aber um der andauernden Gesetzlosigkeit und Rechtlosigkeit wenigstens den Anschein einer gewissen Legitimität zu geben, haben die Strafverfolgungsbehörden (SBU, SBI, Staatsanwaltschaft) gelernt – Achtung! –, die Worte und Äusserungen einer Person, ihre Kommentare und Beiträge in den sozialen Netzwerken von «Experten» überprüfen zu lassen.

Zu diesem Zweck nehmen die Beamten der Staatsanwaltschaft die Worte eines jeden Gegners der derzeitigen Regierung – sei es ein Post in sozialen Netzwerken, eine Rede im Fernsehen oder ein Artikel in einer Zeitung – und ernennen und führen eine spezielle forensische linguistische Untersuchung durch, bei der ein Sprachexperte die Fragen beantwortet, die ihm im Rahmen der Untersuchung gestellt werden:

1. Steckt in diesen Worten etwas Schlechtes gegen die Ukraine?
2. Gibt es irgendetwas, das darauf hinweist, dass die Person indirekt oder direkt den Feind unterstützt?
3. Stehen diese Wörter in einem kausalen Zusammenhang mit irgendwelchen Folgen?
- 4.

Und so weiter und so fort. Wie Sie wissen, kann «schlecht» jedes Wort, jede Position, jede Aussage genannt werden, denn es handelt sich um eine äusserst relative und bewertende Arbeit, eine äusserst subjektive Wahrnehmung, die von einem forensischen Sachverständigen vorgenommen wird. Und das Hauptproblem in einem solchen Fall ist es, den «richtigen» Experten zu finden, der die Worte des Opfers des Regimes «richtig» bewertet und das «richtige» Gutachten schreibt.

Woher kommt dieses Fachwissen? Wie wird dieses Fachwissen formalisiert? Und hier ist das Interessanteste für diejenigen, die die Arbeit des derzeitigen Systems der Verfolgung Andersdenkender in der Ukraine nicht kennen: Ein Teil des Gutachtens kann in staatlichen Instituten für forensische Gutachten erstellt werden, wo der Sachverständige vom Institutsleiter einen Auftrag erhält, den er erfüllt und das Notwendige schreibt. Da die Experten in der Ukraine derzeit keine Verantwortung tragen, können sie schreiben, was sie wollen. Darüber hinaus gibt es einfach speziell geschaffene, «ernannte» Sachverständige, denen das staatliche Verfolgungssystem geholfen hat, die erforderliche Lizenz des ukrainischen Justizministeriums zu erhalten, welche es ihnen erlaubt, sprachliche Prüfungen durchzuführen. Sie werden vom staatlichen Verfolgungssystem unterhalten und bekommen gute Honorare, für die sie einfach die vom System geforderten Gutachten «abstempeln». Wenn sie ein schlechtes Gutachten brauchen, schreiben sie ein schlechtes, wenn sie ein gutes brauchen, schreiben sie ein gutes. Die Schlussfolgerungen des Gutachtens dienen dann als Basis für die

Strafverfolgung und werden zur Grundlage für die Verfolgung einer Person, Verdächtigung, Fahndung, Festnahme, Verhaftung, Inhaftierung und so weiter.

In den letzten anderthalb Jahren wurden in der Ukraine mehr als 1500 Strafverfahren unter dem Artikel «Hochverrat» eingeleitet. Das heisst, im Durchschnitt werden jeden Tag zwei oder drei Strafverfahren unter diesem Artikel eingeleitet.

Lassen Sie es mich noch einmal wiederholen: Die Schlussfolgerungen der Ermittlungsbehörde im Einklang mit dem Gesetz haben für das Gericht keine Bedeutung und sind kein Beweis für die Schuld einer Person. Solange der Fall nicht vor Gericht verhandelt wird, spielen keine Beweise eine Rolle, sondern nur alle Beweise, die vor Gericht erhoben oder vom Richter während des Prozesses untersucht wurden. Damit aber der Verdacht besteht, dass eine Straftat begangen wurde, muss die Ermittlungs- bzw. Strafverfolgungsbehörde zumindest einige Daten sammeln, die irgendwie darauf hindeuten, dass die Meinung der Ermittlungs- bzw. Strafverfolgungsbehörde über die Schuld einer Person richtig ist. Genau aus diesem Grund sind solche bewusst falschen Gutachten über angebliche staatsfeindliche Äusserungen einer Person erforderlich.

Das bedeutet keineswegs, dass Menschen verurteilt und für schuldig befunden werden. Im Gegenteil, ein normales Gericht wird sie für unschuldig und ihre Schuld für unbewiesen halten. Aber das wird offensichtlich nicht so bald passieren, sondern erst, wenn das derzeitige Regime wechselt. Wer von den politischen Gefangenen dies erleben wird, ist leider eine rhetorische Frage ...

Sind Informationen über den Frieden und für den Frieden anti-ukrainische Informationen? Für die derzeitige Regierung, die «Kriegspartei», diejenigen, die wollen, dass der Krieg weitergeht, die damit Geld verdienen oder ihren politischen Lebenszyklus verlängern, ja: Sie erklären Menschen zu Feinden und Verrätern am Vaterland. Das Regime tut dies mithilfe von Mitarbeitern der Sonderdienste, Staatsanwälten, Ermittlern und Richtern und gibt ihnen entsprechende Anweisungen. Aber fragen Sie sich, die oben Genannten, die diese illegalen, kriminellen Anweisungen ausführen: Was werden Sie dann tun, wenn die Macht im Lande wechselt? Es ist unwahrscheinlich, dass es vielen von ihnen gelingen wird, aus der Ukraine zu fliehen, und es ist unwahrscheinlich, dass irgendein zivilisiertes Land den Tätern Hilfe und Unterschlupf gewähren wird.

Ich hoffe, diejenigen denken darüber nach, bevor sie einen weiteren Strafbefehl ausführen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=103469>

GIER NACH WELTHERRSCHAFT – USA übt Krieg mit Armenien

Autor: Uli Gellermann, Datum: 8.9.2023

Ziemlich geschwollen erzählt das Statistik-Portal STATISTA von 587 US-Militär-Stützpunkten, die «im Ausland angesiedelt» sind. Diese «Siedlungen» sind auch in Friedenszeiten eine ständige Bedrohung für die jeweiligen nationalen Regierungen. Denn Militär ist Macht und wer die Macht hat, der bestimmt die Regeln. Die konkurrierenden Welt-Mächte sind wesentlich bescheidener ausgestattet: Russland unterhält acht Militärstützpunkte im Ausland, China verfügt über ganze fünf Stützpunkte dieser Art.

US-Militärübungen in Armenien

Jüngst kündigte Armenien an, es wolle gemeinsame Militärübungen mit den USA durchführen. Zwar ist die Zahl der beteiligten Soldaten geringfügig, aber Armenien ist Anrainer-Staat der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline. Wer die Rohstoffe kontrolliert, der kontrolliert die Weltökonomie. Und genau das ist der dringende Wunsch der USA. Um Kontrolle geht es den USA auch in Syrien.

US-Öl-Raub in Syrien

In Syrien unterhalten die USA 24 Stützpunkte. Der grösste US-amerikanische Militärstützpunkt befindet sich in Syriens östlichem Al-Omar-Ölfeld. Es ist bekannt, dass die USA fleissig syrisches Öl unter dem Schutz ihres Militärs abpumpt, ausser Landes bringt und auf eigene Rechnung verkauft. Überall auf der Welt gilt dieser Akt als Diebstahl. Ausser natürlich in den NATO-Ländern – in deren Medien weiss man von diesem Verbrechen scheinbar nichts.

US-Präsenz in Deutschland

In Deutschland gibt es allein 20 US-Militärstützpunkte. Zu glauben, dass diese permanente Drohung dem Schutz der Bundesrepublik dient, ist ein Aberglaube, der von den herrschenden Medien verbreitet wird. Aber schon das öffentliche Schweigen über die erheblich eingeschränkte deutsche Souveränität zeigt die Wirklichkeit: Die US-Präsenz beeinflusst den öffentlichen Diskurs bis hin zur Selbstzensur.

Ende der Blöcke – kein Ende der Rüstung

Als 1991 die Zerteilung der Welt durch den Zerfall der Sowjetunion beendet schien, machte sich eine unbegründete Hoffnung auf allgemeinen Weltfrieden breit. Das Ende der Blöcke markierte keineswegs das

Ende der Widersprüche zwischen Arm und Reich, das Ende der Macht- und Profit-Interessen. Obwohl der Ostblock keine ernsthafte Macht mehr war, mochte der Westen weder seine Aufrüstung beenden, noch wollte die westliche Führungsmacht USA ihre Ansprüche auf Weltherrschaft aufgeben.

Welt ohne Herrschaftsinteressen?

Zeitweilig hoffte Russland – als Haupt-Erbe der Sowjetunion – das Land könne konkurrenzlos neben den USA existieren. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes, dem Pendant zur NATO, wurde diese Hoffnung militärisch manifestiert. Doch von Afghanistan über Jugoslawien bis zu Libyen und dem Irak: Die NATO-Truppen setzten dem freundlichen Kinderglauben an eine Welt ohne Herrschaftsinteressen ein blutiges Ende.

NATOisierung des asiatisch-pazifischen Raums

Auch die VR China, die sich lange Zeit so verhielt, als gäbe es eine militärisch konkurrenzfreie Welt, ist nach dem Nato-Gipfel in Vilnius auf den Plan getreten. Die *«Global Times»*, ein englischsprachiges Sprachrohr der KP China, schrieb nach dem NATO-Gipfel in Vilnius, an dem Japan und Südkorea teilnahmen, von einer *«Quasi-Allianz»* und einer *«NATOisierung des asiatisch-pazifischen Raums»*.

Ende des Kalten Krieges – kein Ende der heißen Kriege

Das Ende des Kalten Krieges hat keineswegs die heißen Kriege in der Welt beendet. Erst wenn die Völker der Welt dem Profit am Krieg ein Ende machen, erst wenn die Gier der USA nach der Weltherrschaft ein Ende findet, ist mit einer friedlichen Welt zu rechnen.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/gier-nach-weltherrschaft>

PATIENTIN VON HEINRICH HABIG

Schwanger und Angst vor der Impfung

Autor: Uli Gellermann, Datum: 27.8.2023

Der Arzt Dr. Heinrich Habig hat sich im Sinn des Nürnberger Kodex schützend vor seine Patienten gestellt und sie vor der mRNA-Spritze bewahrt. Der 68-Jährige kam dafür im Mai 2022 in Untersuchungshaft. Ende Juni dieses Jahres hat das Gericht ein umstrittenes Teilurteil gefällt: 2 Jahre und 10 Monate ohne Bewährung. Und der Prozess gegen den praktischen Arzt geht weiter. Eine Altenpflegerin, die nur ihr Baby schützen wollte und bei Dr. Habig Hilfe fand, sollte vor Gericht gegen ihn aussagen. Sophia Maria Antonulas sprach mit ihr.

Zwei Jahre hat es gedauert, bis Bianca Mayer (Name von der Redaktion geändert) endlich schwanger wurde. Ihrem Wunschkind sollte es an nichts fehlen. Sie wollte kein Gesundheitsrisiko eingehen. Als ihr Arbeitgeber aber von einer Gefährdung des Dienstverhältnisses sprach, suchte die Altenpflegerin einen Ausweg aus der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und wandte sich an Heinrich Habig. Endlich ein Arzt, der ihre Sorgen verstand. Die Folgen waren ein Hausdurchsuchungsbefehl, eine Geldstrafe und vor Gericht sollte sie gegen den Mediziner aussagen.

Rationalgalerie: Ab wann hatten Sie Bedenken wegen der sogenannten Corona-Impfungen?

Bianca Mayer: Von Anfang an. Ich war schwanger und hatte keine Studien darüber gesehen, wie der mRNA-Impfstoff sich auf das ungeborene Kind auswirkt. Ausserdem hatte eine Freundin sich während der Schwangerschaft impfen lassen und ihr Baby verloren, im 4. Monat. Und meiner Mutter hatte ihr Arzt zur Corona-Impfung geraten, weil sie schon einen Herzinfarkt hatte – sie wäre doch eine Risikopatientin und so weiter. Doch nach den ersten beiden Impfungen ging es ihr um vieles schlechter als davor. Dann wollte ihr Arbeitgeber, dass sie sich noch die dritte Spritze holt, doch sie hatte inzwischen so einen Druck auf der Brust, dass sie Angst um ihr Leben hatte.

Rationalgalerie: Wie kamen Sie auf den Arzt Heinrich Habig?

Bianca Mayer: Ich war circa im achten Monat schwanger, als ich von meinem Arbeitgeber den ersten Brief erhielt, dass ich mich wegen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht impfen lassen muss. Sowohl mein Hausarzt, als auch mein Gynäkologe klärten mich bei jedem Besuch auf, wie wichtig doch gerade jetzt die Impfung sei, damit mein ungeborenes Kind noch im Mutterleib Antikörper bekomme.

In der Schwangerschaft soll man auf alles achten. Soll nicht einmal Salami essen. Aber sich dann einer experimentellen Behandlung unterziehen? Ich wollte das nicht! Wenn es nur um meinen Körper geht, ist das nochmal etwas anderes. Dieser psychische Druck hat mich unglaublich fertiggemacht. Ich habe nur noch geweint.

In einem Kleidungsladen hatte meine Mama ein Kundengespräch mitbekommen, in dem es um Heinrich Habig ging. So ging ich kurz nach der Geburt meines Kindes zu ihm. Und ich bin diesem Arzt so dankbar. Er hörte sich meine Bedenken wegen der Impfung an, da ich stillte. Fragte mich auch zu meinen Vorerkrankungen. Er machte eine richtige Anamnese. Und als ich ihn fragte, ob die Impfung denn sicher sei oder etwas passieren könnte, bezogen auf mein Kind, sagte er mir, dass er es nicht ausschliessen könne, dass auch etwas passieren könne, da es ja noch keine Langzeitstudien gebe.

Bei anderen Ärzten kam es mir immer wieder wie Machtmissbrauch vor. Ich wäre verantwortungslos, wenn ich das nicht machen würde, sagten die mir. Aber Doktor Habig überliess die Entscheidung mir. Und so habe ich mich auf eigene Verantwortung entschieden.

Rationalgalerie: Sie arbeiten bei einem kirchlichen Träger. Und bekamen einen weiteren Brief, als ihr Kind drei Monate alt war. Was stand da drin?

Bianca Mayer: Es handelte sich um ein Aufforderungsschreiben. Darin stand, dass ich bis zum 15. März 2022 nachweisen müsse, dass ich ausreichend gegen Covid-19 geimpft bin und dass dafür zwei Impfungen erforderlich sind. Mein Arbeitgeber erklärte, dass er verpflichtet ist, dem Gesundheitsamt zu melden, wenn kein Nachweis vorliegt, und dass von der Gesundheitsbehörde gegen diese Personen ein Beschäftigungs- oder Betretungsverbot ausgesprochen werden kann. Das würde zur Folge haben, dass mein Arbeitgeber mich nicht weiter beschäftigen darf, ich meine Vergütungsansprüche verliere und mein Dienstverhältnis gefährdet sei. Bei diesem Kündigungsgrund hätte ich ja nicht mal irgendeine finanzielle Beihilfe bekommen. Da war mein Sohn drei Monate alt. Ich bekam solche Existenzängste! Ich hatte Angst, meinen Job zu verlieren, dass ich plötzlich mit dem Baby auf der Strasse sitze. Wir hatten 2020 erst unser Haus gebaut, haben natürlich Schulden bei der Bank. Ich hatte einfach schreckliche Angst und Panik.

Rationalgalerie: Und so sind Sie doch ins Impfzentrum gegangen?

Bianca Mayer: Gut finde ich das bis heute nicht! Aber die gesamte Situation hatte mir Angst gemacht. Ich dachte, ich verliere alles. Ich machte mir grosse Sorgen, so viele Gedanken gingen mir durch den Kopf. Jetzt wurde bei meinem Sohn ein Herzfehler festgestellt, und ich frage mich natürlich, ob das mit der Impfung zusammenhängt. Nach der Geburt wurde er untersucht, da war alles in Ordnung. Ich habe einen Fehler gemacht, dass ich mich habe überreden lassen. Ich hatte Angst, alles zu verlieren und mit dem Kind auf der Strasse zu stehen.

Gleich nach der Impfung, habe ich versucht, mit dem Stillen aufzuhören. Aber er wollte nicht aus der Flasche trinken, hat zwei, drei Tage nichts gegessen, dann musste ich ihn wieder stillen. Ich konnte ihn doch nicht verhungern lassen. Jetzt hat er einen Herzfehler. Bin ich daran schuld? Hätte ich etwas anders machen können? Hätte ich standhafter bleiben sollen? Jetzt ist er klein und zierlich, vorher war alles in Ordnung. Man weiss nicht, ob das zusammenhängt, aber ich mache mir Vorwürfe.

Rationalgalerie: Sie arbeiten wieder. Seit wann und hat ihr Arbeitgeber nach dem Impfnachweis gefragt? Ist das überhaupt ein Thema?

Bianca Mayer: Seit Februar 2023 bin ich aus der Elternzeit zurück. Nach dem Impfnachweis hat niemand mehr gefragt. So langsam geht das Thema unter. Man versucht das zu verdrängen, aber es bleibt im Hinterkopf.

Rationalgalerie: Wie geht es Ihnen gesundheitlich?

Bianca Mayer: Mir ging es so schlecht nach der Impfung. Mir war übel, ich hatte Schmerzen am ganzen Körper, war todmüde, wie erschlagen, kaputt. Ich fühlte mich wirklich krank und schlecht. Diese bleierne Müdigkeit und die Gliederschmerzen sind auch geblieben. Und ich kriege oft keine Luft. Früher hatte ich nur selten Kopfschmerzen, seit der Impfung habe ich oft starke Migräne, und die stärksten Mittel helfen nichts. Ausserdem habe ich immer wieder Magenprobleme – seit einem Jahr hat sich mein Gewicht halbiert. Dabei esse ich und treibe keinen Sport. Irgendetwas ist seitdem definitiv nicht in Ordnung. Aber der Hausarzt, der mir immer zur Impfung geraten hatte, meinte nur, nichts davon würde mit der Impfung in Zusammenhang stehen.

Rationalgalerie: Und dann tauchte die Polizei bei ihnen zu Hause auf. Wann war das?

Bianca Mayer: Mein Sohn schlief damals wegen Koliken immer schlecht. Am Morgen kümmerte sich mein Mann um ihn, damit ich noch ein, zwei Stunden Schlaf nachholen konnte. An dem Tag, Ende Februar 2022 war das, stand mein Mann plötzlich vor dem Bett und sagte: Du musst runterkommen, die Polizei ist da. Zwei Polizeibeamtinnen standen mit einem Durchsuchungsbefehl in unserem Haus. Sie erklärten, dass wir ihnen unsere Impfnachweise geben sollen, weil sie sonst das Haus auf den Kopf stellen und sie immer finden, was sie suchen. Sie sagten, wenn wir nicht kooperieren, nehmen sie uns mit zur Wache, um uns Blut

abzunehmen. Sie erklärten, bei der Blutabnahme könne genau nachgewiesen werden, ob wir Antikörper haben und welches Medikament gespritzt worden sei und welches nicht.

Die Polizistinnen wollten auch noch unsere Handys haben. Sie haben alles durchgeschaut, ob es eine App gab, welchen Telegram-Kanälen wir folgen, sie sahen sich unsere WhatsApp- und Signal-Nachrichten an. Mein Mann und ich haben sofort kooperiert. Wir erklärten, die erste Impfung gebe es nicht, die zweite schon. So sind wir raus gewesen. Ich musste 150 Euro zahlen, mein Mann an die 1000 Euro. Danach wurde das Verfahren vom Amtsgericht eingestellt.

Rationalgalerie: Sie dachten, damit sei alles erledigt – Sie hatten die Impfnachweise ja auch nie verwendet. Bis ein gelber Umschlag im Briefkasten lag.

Bianca Mayer: Das war eine Vorladung vor Gericht. Ich sollte als Zeugin gegen Heinrich Habig aussagen. Erst durch die Richterin erfuhr ich, was in dem Dokument, das mir die Polizeibeamtinnen zur Unterschrift hingelegt hatten, drinstehen soll.

Mein Sohn war während der Hausdurchsuchung nur am Schreien, deswegen hatte ich das Protokoll damals nur überflogen. Ich dachte, die Beamtinnen sind ehrlich, aber da stehen anscheinend andere Sachen drin, als ich gesagt habe. Die Richterin hat mich jedenfalls gefragt, ob es stimmt, dass Dr. Habig gesagt hätte «die Impfung sei gefährlich». Aber das habe ich so nie gesagt! Und er auch nicht. Er hatte gesagt, dass er es nicht ausschliessen könne, dass ein Risiko besteht. Ich habe dann entschieden, dass es zu riskant ist.

Rationalgalerie: Welchen Eindruck hatten Sie von der Verhandlung?

Bianca Mayer: Mir kam es so vor, dass die Richterin eher auf der Seite der Staatsanwaltschaft steht als auf der Seite von Habig. Vieles, was ich ausgesagt habe, wurde abgewiesen oder die Richterin fuhr mit den Worten dazwischen: «Darauf gehen wir jetzt nicht ein.» Auch wenn mir dies das Gefühl vermittelt hat, dass ihr meine Aussagen nicht so passen, ich kann doch deswegen nichts Falsches aussagen!

Viele haben sich mit den Tests oder dem Verkauf von Masken bereichert. Heinrich Habig wollte nie Geld, sondern verzweifelte Menschen helfen. Ich wollte wissen, ob es Risiken gibt. Als Schwangere soll man so vieles nicht, und ich fühlte mich von ihm verstanden. Ich würde wieder zu ihm gehen, er ist ein Arzt, dem man vertrauen kann. Ich bin ihm wirklich dankbar, denn er ist einer der wenigen, die für andere da sind. Er bleibt human und hat niemandem was Schlimmes getan. Selbst Schwerverbrecher werden nicht so mies behandelt wie er.

Ich war immer der Meinung, die Polizei sei mein Freund und Helfer. Inzwischen weiss ich, dass die Beamtinnen uns bei der Hausdurchsuchung über unser Zeugnisverweigerungsrecht hätten aufklären müssen. Mir ist der Glaube an die Polizei und die Politik jedenfalls abhandengekommen. Selbst meine an Demenz erkrankte Oma, die Mitte 80 ist, haben sie mit zur Wache genommen, um ihr Blut abzunehmen. Das Ergebnis kennen wir nicht.

Ich habe zwei Jahre gebraucht, um überhaupt schwanger zu werden. Und dann wurde ich durch meinen Arbeitgeber so unter Druck gesetzt, dass ich mich doch impfen liess. Ich bin Ende 20. Seit über einem Jahr geht es mir nicht gut, habe ständig Glieder- und Kopfschmerzen, Herzrhythmusstörungen. Das alles kannte ich vor der Impfung nicht. Ich bereue, dass ich das gemacht habe! Vielleicht hätte mein Sohn nicht diese Probleme ...

Das Interview führte Sophia-Maria Antonulas.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/patientin-von-heinrich-habig>

A n s p r a c h e

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Damen und Herren,

In den Reden vieler Redner, die vor mir gesprochen haben, wurde bereits die Idee geäussert, dass unser gemeinsamer Planet unumkehrbare Veränderungen erfährt. Vor unseren Augen entsteht eine neue Weltordnung. Im Kampf entstehen die Konturen der Zukunft. Zwischen der Weltmehrheit, die sich für eine gerechtere Verteilung globaler Güter und zivilisatorischer Vielfalt einsetzt, und zwischen den wenigen, die neokoloniale Methoden der Unterwerfung nutzen, um ihre schwer fassbare Dominanz aufrechtzuerhalten.

Eine Art «Visitenkarte» des «kollektiven Westens» ist seit langem die Ablehnung des Prinzips der Gleichheit und die völlige Nichtverhandelbarkeit. Da Amerikaner und Europäer es gewohnt sind, auf den Rest der Welt herabzusehen, machen sie oft Versprechungen und gehen Verpflichtungen ein, auch schriftliche und rechtsverbindliche. Dann werden sie einfach nicht umgesetzt. Wie Präsident W. W. Putin feststellte, ist der Westen ein wahres «Imperium der Lügen».

Russland weiss das wie viele andere Länder aus erster Hand. Als Washington, London und ich 1945 gemeinsam daran arbeiteten, den Feind an den Fronten des Zweiten Weltkriegs zu vernichten, bereiteten unsere

Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition bereits Pläne für die Militäroperation «Undenkbar» gegen die Sowjetunion vor. Und vier Jahre später, 1949, entwickelten die Amerikaner die Operation Dropshot, um massive Atomangriffe auf die UdSSR zu starten.

Diese verrückten Pläne blieben auf dem Papier. Die UdSSR schuf ihre eigene Vergeltungswaffe. Obwohl es die Kubakrise von 1962 brauchte, mit dem Gleichgewicht am Rande eines Atomkrieges, so dass die Idee seiner Entfesselung und die Illusion eines Sieges darin nicht mehr die Grundlage der US-Militärplanung sind.

Am Ende des Kalten Krieges spielte die Sowjetunion eine entscheidende Rolle bei der Einigung Deutschlands und der Einigung über die Parameter einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa. Gleichzeitig erhielten die sowjetische und dann die russische Führung konkrete politische Zusicherungen hinsichtlich der Nichtausweitung des NATO-Militärblocks nach Osten. Die entsprechenden Aufzeichnungen der Verhandlungen befinden sich in unseren und westlichen Archiven. Sie sind frei verfügbar. Doch diese Zusicherungen westlicher Führer erwiesen sich als Täuschung; sie hatten nicht die Absicht, sie zu erfüllen. Gleichzeitig war es ihnen nie peinlich, dass sie mit der Annäherung der NATO an die Grenzen Russlands die auf höchster Ebene im Rahmen der OSZE eingegangenen offiziellen Verpflichtungen, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken, grob verletzt haben um die militärisch-politische Vorherrschaft in Europa durch ein beliebiges Land oder eine Gruppe von Ländern oder Organisationen zu ermöglichen. Im Jahr 2021 wurden unsere Vorschläge, Abkommen über gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa abzuschliessen, ohne den blockfreien Status der Ukraine zu ändern, arrogant abgelehnt. Der Westen setzte die systematische Militarisierung des russophoben Kiewer Regimes fort, das durch einen blutigen Putsch an die Macht kam und zur Vorbereitung des Ausbruchs eines hybriden Krieges gegen unser Land diente. Eine Reihe jüngster gemeinsamer Übungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen NATO-Verbündeten, darunter Testszenarien für den Einsatz von Atomwaffen auf dem Territorium der Russischen Föderation, sind seit dem Ende des Kalten Krieges beispiellos. Die erklärte Aufgabe besteht darin, Russland eine «strategische Niederlage» beizubringen. Diese Besessenheit hat die Augen verantwortungsloser Politiker völlig geblendet, die das Gefühl ihrer eigenen Straflosigkeit verspüren, gleichzeitig aber einen elementaren Sinn für Selbsterhaltung verlieren.

Die von Washington geführten NATO-Staaten bauen nicht nur ihre Angriffsfähigkeiten aus und modernisieren sie, sondern versuchen auch, die bewaffnete Konfrontation in den Aussen- und Informationsraum zu verlagern. Eine neue gefährliche Manifestation des NATO-Expansionismus waren Versuche, den Verantwortungsbereich des Blocks unter dem listigen Slogan «Unteilbarkeit der Sicherheit der euroatlantischen und indopazifischen Region» auf die gesamte östliche Hemisphäre auszudehnen. Zu diesem Zweck gründet Washington unter seiner Kontrolle militärisch-politische Mini-Allianzen wie AUKUS, die «Troika» USA – Japan – Republik Korea, die «Vier» Tokio – Seoul – Canberra – Wellington, die ihre Ziele erreichen Teilnehmer in die praktische Zusammenarbeit mit der NATO ein, die ihre Infrastruktur im Pazifikraum implementiert. Die unverhohlene Ausrichtung solcher Bemühungen gegen Russland und China,

Man hat hartnäckig den Eindruck, dass die Vereinigten Staaten und das ihnen völlig untergeordnete «westliche Kollektiv» beschlossen haben, der «Monroe-Doktrin» eine globale Projektion zu geben. Die Pläne sind ebenso illusorisch wie äusserst gefährlich, doch das hält die Ideologen der Neuauflage der Pax Americana nicht auf.

Die Weltminderheit versucht mit aller Kraft, den natürlichen Lauf der Dinge zu verlangsamen. Die Vilnius-Erklärung des Nordatlantischen Bündnisses bezeichnet die «wachsende Partnerschaft zwischen Russland und China» als «Bedrohung für die NATO». In einem kürzlichen Gespräch mit seinen Botschaftern im Ausland äusserte Präsident Emmanuel Macron seine aufrichtige Besorgnis über die Ausweitung der BRICS-Staaten und betrachtete dieses Ereignis als Beweis dafür, dass «die Situation auf der internationalen Bühne komplizierter wird, was die Gefahr einer Schwächung des Westens und insbesondere Europas birgt. Es gibt eine Revision der Weltordnung, ihrer Prinzipien, verschiedener Formen ihrer Organisation, wobei der Westen eine dominierende Stellung innehatte und einnimmt.» Hier sind die Offenbarungen: Wenn jemand irgendwo ohne uns zusammenkommt, ohne uns oder ohne unsere Erlaubnis Freunde findet, dann wird dies als Bedrohung unserer Dominanz angesehen. Der Fortschritt der NATO im asiatisch-pazifischen Raum sei «gut», aber die Erweiterung der BRICS-Staaten sei gefährlich.

Die Logik des historischen Prozesses ist jedoch unaufhaltsam. Der Haupttrend war der Wunsch der Mehrheitsstaaten der Welt, ihre Souveränität zu stärken und nationale Interessen, Traditionen, Kultur und Lebensweise zu verteidigen. Sie wollen nicht länger unter dem Diktat eines anderen leben, sie wollen miteinander befreundet sein und Handel treiben, aber auch mit der ganzen Welt – nur auf Augenhöhe und zum gegenseitigen Nutzen. Verbände wie BRICS und SCO sind auf dem Vormarsch, bieten den Ländern des globalen Südens Möglichkeiten zur gemeinsamen Entwicklung und verteidigen ihren rechtmässigen Platz in der objektiv entstehenden multipolaren Architektur.

Zum vielleicht ersten Mal seit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 gab es eine Chance für eine echte Demokratisierung der Weltpolitik. Dies weckt Optimismus bei allen, die an die Vorherrschaft des

Völkerrechts glauben und die Wiederbelebung der Vereinten Nationen als zentrales Koordinierungsorgan der Weltpolitik wünschen. Wo man sich auf der Grundlage eines fairen Interessenausgleichs darauf verständigt, wie man Probleme gemeinsam lösen kann.

Für Russland ist klar, dass es keinen anderen Weg gibt. Allerdings erzeugen die Vereinigten Staaten und das ihnen unterstellte «westliche Kollektiv» weiterhin Konflikte, die die Menschheit künstlich in feindliche Blöcke spalten und das Erreichen gemeinsamer Ziele behindern. Sie tun alles, um die Entstehung einer wirklich multipolaren, gerechten Weltordnung zu verhindern. Sie streben danach, die Welt dazu zu zwingen, sich an ihre berüchtigten und engstirnigen «Regeln» zu halten.

Ich möchte westliche Politiker und Diplomaten dringend dazu auffordern, die UN-Charta noch einmal sorgfältig zu lesen. Der Grundstein der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Weltordnung ist das demokratische Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten – grosser und kleiner, unabhängig von der Regierungsform, der internen politischen oder sozioökonomischen Struktur.

Der Westen hält sich immer noch für überlegen gegenüber dem Rest der Menschheit – ganz im Sinn der ohnehin schon berüchtigten Aussage des Chefs der EU-Diplomatie, Jean-Europäer Borrell, dass «Europa ein blühender Garten und alles drumherum ein Dschungel ist». Es ist ihm nicht peinlich, dass in diesem Garten Islamophobie und andere Formen der Intoleranz gegenüber den traditionellen Werten aller Weltreligionen grassieren. Koranverbrennungen, Beleidigungen der Thora, Verfolgung orthodoxer Geistlicher und andere Verspottungen der Gefühle von Gläubigen sind in Europa buchstäblich an der Tagesordnung.

Der Einsatz einseitiger Zwangsmassnahmen durch den Westen stellt einen groben Verstoß gegen den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten dar. In Ländern, die Opfer illegaler Sanktionen geworden sind (und es gibt immer mehr davon), ist man sich bewusst, dass die Beschränkungen vor allem die schwächsten Bevölkerungsgruppen treffen. Sie provozieren Krisenphänomene auf den Lebensmittel- und Energiemärkten.

Wir bestehen weiterhin auf einem sofortigen und vollständigen Ende der beispiellos unmenschlichen Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade Havannas durch die Vereinigten Staaten und auf der Aufhebung der absurden Entscheidung, Kuba zum Sponsorland des Terrorismus zu erklären. Washington muss ohne Vorbedingungen seine Politik der wirtschaftlichen Strangulierung Venezuelas aufgeben. Wir fordern die Aufhebung der einseitigen Sanktionen der USA und der EU gegen die Arabische Republik Syrien, die offen das Recht auf Entwicklung untergraben. Alle unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates eingeführten Zwangsmassnahmen müssen ein Ende haben, ebenso wie die Praxis des Westens, die Sanktionspolitik des Rates zu manipulieren, um Druck auf diejenigen auszuüben, die er nicht will.

Ein klarer Ausdruck des Egoismus der westlichen Minderheit sind die zwanghaften Versuche, die Agenda aller internationalen Diskussionen zu «ukrainisieren», wodurch eine Reihe ungelöster regionaler Krisen in den Hintergrund gedrängt werden, von denen sich viele über Jahre oder sogar Jahrzehnte hinziehen.

Eine vollständige Normalisierung im Nahen Osten kann nicht erreicht werden, ohne das Hauptproblem zu lösen – die Lösung des langwierigen palästinensisch-israelischen Konflikts auf der Grundlage von UN-Resolutionen und der Arabischen Friedensinitiative, die einst von Saudi-Arabien vorgeschlagen wurde. Die Palästinenser warten seit mehr als 70 Jahren auf den ihnen feierlich versprochenen Staat, doch die Amerikaner, die den Vermittlungsprozess monopolisiert haben, tun alles, um dies zu verhindern. Wir rufen alle verantwortlichen Länder auf, ihre Anstrengungen zu bündeln, um Bedingungen für die Wiederaufnahme direkter palästinensisch-israelischer Verhandlungen zu schaffen.

Es ist erfreulich, dass die Arabische Liga neuen Wind bekommt und ihre Rolle in den Angelegenheiten der Region verstärkt. Wir begrüßen die Rückkehr der Arabischen Republik Syrien in die arabische Familie, den Beginn des Normalisierungsprozesses zwischen Damaskus und Ankara, den wir gemeinsam mit unseren iranischen Kollegen zu unterstützen versuchen. Diese positiven Entwicklungen verstärken die Bemühungen des Astana-Formats, eine syrische Lösung auf der Grundlage der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates und die Wiederherstellung der Souveränität der Arabischen Republik Syrien zu fördern.

Wir hoffen, dass die Libyer mit Hilfe der Vereinten Nationen in der Lage sein werden, die Parlamentswahlen in ihrem leidenden Land, das sich seit mehr als zehn Jahren nicht von den Folgen der NATO-Aggression, die den libyschen Staat zerstört hat, zu erholen, qualitativ vorzubereiten und öffnete die Schleusen für die Ausbreitung des Terrorismus in der Sahara-Sahel-Region und für Wellen von Millionen illegaler Einwanderer in Europa und anderen Teilen der Welt. Analysten bemerken: Sobald M. Gaddafi das militärische Atomprogramm aufgab, wurde er sofort zerstört. Damit hat der Westen die gefährlichsten Risiken für das gesamte nukleare Nichtverbreitungsregime festgelegt.

Die Eskalation der Militärhysterie Washingtons und seiner asiatischen Verbündeten auf der koreanischen Halbinsel, wo sich das strategische Potenzial der USA ansammelt, ist alarmierend. Russisch-chinesische Initiativen, humanitäre und politische Aufgaben als Priorität zu betrachten, werden abgelehnt.

Die tragische Entwicklung der Lage im Sudan ist nichts anderes als eine weitere Folge der gescheiterten Experimente des Westens mit dem Export liberal-demokratischer Dogmen. Wir unterstützen konstruktive

Initiativen, die auf eine rasche Lösung des innersudanesischen Konflikts abzielen, vor allem durch die Erleichterung des direkten Dialogs zwischen den Kriegsparteien.

Wenn man die nervöse Haltung des Westens gegenüber den jüngsten Ereignissen in Afrika, insbesondere in Niger und Gabun, beobachtet, kann man nicht umhin, sich daran zu erinnern, wie Washington und Brüssel auf den blutigen Putsch in der Ukraine im Februar 2014 reagierten – einen Tag nachdem eine Einigung erzielt worden war Regelung unter EU-Garantien, die von der Opposition einfach mit Füßen getreten wurde. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten unterstützten es und begrüßten es als «Manifestation der Demokratie».

Die anhaltende Verschlechterung der Lage in der serbischen Region Kosovo gibt Anlass zur Sorge. Die Lieferung von Waffen durch die NATO an die Kosovaren und ihre Unterstützung beim Aufbau einer Armee stellen einen groben Verstoß gegen die grundlegende Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates dar. Die ganze Welt sieht, wie sich die traurige Geschichte der Minsker Vereinbarungen zur Ukraine auf dem Balkan wiederholt. Sie sahen einen Sonderstatus für die Donbass-Republiken vor. Kiew hat sie mit Unterstützung des Westens offen sabotiert. Nun möchte die Europäische Union ihre Kosovo-Schützlinge nicht dazu zwingen, die Vereinbarungen von 2013 zwischen Belgrad und Pristina über die Schaffung einer Gemeinschaft serbischer Gemeinden des Kosovo zu erfüllen, die besondere Rechte an ihrer Sprache und ihren Traditionen hat. In beiden Fällen fungierte die EU als Garant der Vereinbarungen, und offenbar ist ihr Schicksal das gleiche. Wer auch immer der «Sponsor» ist, das ist das Ergebnis. Jetzt zwingt Brüssel Aserbaidschan und Armenien seine «Vermittlungsdienste» auf und sorgt gemeinsam mit Washington für eine Destabilisierung des Südkaukasus. Nachdem die Führer von Eriwan und Baku nun die Frage der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität der beiden Länder geklärt haben, ist die Zeit für ein friedliches Leben, seine Etablierung und die Stärkung des Vertrauens gekommen. Die russischen Friedenstruppen werden dazu auf jede erdenkliche Weise beitragen.

Wenn wir über die Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft sprechen, die auf dem Papier stehen, rufen wir dazu auf, den Dekolonisierungsprozess gemäß den Beschlüssen der Generalversammlung endlich abzuschließen, um ein Ende der kolonialen und neokolonialen Praktiken zu erreichen.

Ein eindrucksvolles Beispiel für die «Regeln», nach denen der Westen die ganze Welt zu Leben zwingen will, ist das Schicksal der im Jahr 2009 eingegangenen Zusagen, den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung von Programmen zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Vergleichen Sie das Schicksal dieser gebrochenen Versprechen mit den Beträgen, die die USA, die NATO und die EU zur Unterstützung des rassistischen Regimes in Kiew ausgegeben haben – schätzungsweise 170 Milliarden US-Dollar in den letzten anderthalb Jahren. Vergleichen Sie und Sie werden die Haltung der «aufgeklärten westlichen Demokratien» mit ihren berühmten «Werten» Ihnen gegenüber verstehen.

Generell ist eine baldige Reform der bestehenden Global-Governance-Architektur überfällig. Den Anforderungen der Zeit entsprach es schon lange nicht mehr. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten müssen künstliche Beschränkungen bei der Neuverteilung der Stimmquoten im IWF und in der Weltbank aufgeben und das tatsächliche wirtschaftliche und finanzielle Gewicht der Länder im globalen Süden anerkennen. Auch die Arbeit des WTO-Streitbeilegungsgremiums sollte unverzüglich freigegeben werden.

Auch die Erweiterung des Sicherheitsrats wird immer stärker nachgefragt – allein durch die Beseitigung der Unterrepräsentation der Länder der Weltmehrheit – Asien, Afrika und Lateinamerika – in seiner Zusammensetzung. Es ist wichtig, dass die neuen Mitglieder des Sicherheitsrats – sowohl ständige als auch nicht ständige – Autorität sowohl in ihren Regionen als auch in globalen Organisationen wie der Blockfreien Bewegung, der Gruppe der 77 und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit genießen.

Es ist an der Zeit, über gerechtere Methoden zur Bildung des UN-Sekretariats nachzudenken. Die seit vielen Jahren geltenden Kriterien spiegeln nicht das tatsächliche Gewicht der Staaten im Weltgeschehen wider und sichern künstlich die prohibitive Dominanz der Bürger von NATO- und EU-Ländern. Diese Ungleichgewichte werden durch das System unbefristeter Verträge noch verschärft, die ihre Inhaber an die Position des Gastlandes binden, in dem sich die Hauptquartiere internationaler Organisationen befinden, von denen sich die überwiegende Mehrheit in den Hauptstädten befindet, die westliche Politik betreiben.

Vereine neuen Typs sind aufgerufen, die UN-Reform zu unterstützen, in der es keine Führer und Anhänger, Lehrer und Schüler gibt und alle Fragen auf der Grundlage von Konsens und Interessenausgleich gelöst werden. Dabei handelt es sich in erster Linie um die BRICS-Staaten, die nach dem Gipfel in Johannesburg ihre Autorität erheblich ausgebaut und einen wirklich globalen Einfluss erlangt haben.

Auf regionaler Ebene kommt es zu einer Renaissance von Organisationen wie der Afrikanischen Union, der CELAC, der Arabischen Liga, dem GCC und anderen Strukturen. In Eurasien gewinnt die Harmonisierung der Integrationsprozesse im Rahmen der SOZ, ASEAN, OVKS, EAEU, GUS und des chinesischen «One Belt, One Road»-Projekts an Dynamik. Es gibt eine natürliche Bildung der Grossen Eurasischen Partnerschaft, die ausnahmslos allen Verbänden und Ländern unseres gemeinsamen Kontinents zur Teilnahme offensteht.

Leider stehen den positiven Trends immer aggressivere Versuche des Westens entgegen, seine Dominanz in der Weltpolitik, Wirtschaft und Finanzen aufrechtzuerhalten. Es liegt im gemeinsamen Interesse, eine Zersplitterung der Welt in isolierte Handelsblöcke und Makroregionen zu vermeiden. Wenn sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten jedoch nicht darauf einigen wollen, den Globalisierungsprozessen einen fairen und gleichberechtigten Charakter zu verleihen, müssen die übrigen Schlussfolgerungen ziehen und über Schritte nachdenken, die dazu beitragen, die Aussichten für ihre sozioökonomischen und sozialen Prozesse nicht zu verbessern. Die technologische Entwicklung hängt von den neokolonialen Instinkten der ehemaligen Metropolen ab.

Das Hauptproblem liegt im Westen, denn die Entwicklungsländer sind zu Verhandlungen bereit, auch auf der G20-Plattform, wie der jüngste Gipfel der Gruppe in Indien gezeigt hat. Die wichtigste Schlussfolgerung aus ihren Ergebnissen ist, dass die G20 von der Politisierung befreit werden kann und sollte und die Möglichkeit erhalten soll, das zu tun, wofür sie geschaffen wurde: Allgemein akzeptable Massnahmen zur Steuerung der globalen Wirtschaft und Finanzen zu entwickeln. Es gibt Möglichkeiten für Dialog und Vereinbarungen. Es ist wichtig, den Moment nicht zu verpassen.

All diese Trends sollte das UN-Sekretariat bei seiner Arbeit umfassend berücksichtigen, dessen gesetzliche Aufgabe darin besteht, die Suche nach der Zustimmung aller Mitgliedsstaaten unter dem Dach der UN und nicht irgendwo daneben zu unterstützen.

Die Vereinten Nationen wurden als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs gegründet, und jeder Versuch, diese Ergebnisse zu revidieren, untergräbt die Grundlagen der Weltorganisation. Als Vertreter eines Landes, das einen entscheidenden Beitrag zur Niederlage des Faschismus und des japanischen Militarismus geleistet hat, möchte ich auf ein so eklatantes Phänomen wie die Rehabilitierung von Nazis und Kollaborateuren in einer Reihe europäischer Länder, vor allem in der Ukraine, aufmerksam machen. Besonders alarmierend ist, dass Deutschland, Italien und Japan im vergangenen Jahr erstmals gegen die Resolution der UN-Generalversammlung über die Unzulässigkeit der Verherrlichung des Nationalsozialismus gestimmt haben. Diese bedauerliche Tatsache stellt die Aufrichtigkeit der Reue dieser Staaten für die Massenverbrechen gegen die Menschlichkeit während des Zweiten Weltkriegs in Frage und widerspricht den Bedingungen, unter denen sie als Vollmitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden. Wir bitten Sie dringend, diesen «Metamorphosen» besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Herr Vorsitzender,

Auch heute steht die Menschheit, wie so oft in der Vergangenheit, an einer Weggabelung. Es hängt nur von uns ab, wie sich die Geschichte entwickeln wird. Es liegt im gemeinsamen Interesse, das Abgleiten in einen grossen Krieg und den endgültigen Zusammenbruch der von Generationen von Vorgängern geschaffenen Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit zu verhindern. Der Generalsekretär ergriff die Initiative, im nächsten Jahr einen «Zukunftsgipfel» abzuhalten. Der Erfolg dieses Vorhabens kann allein durch die Bildung eines fairen und gerechten Interessenausgleichs aller Mitgliedsländer unter Wahrung des zwischenstaatlichen Charakters unserer Organisation sichergestellt werden. Bei ihrem Treffen am 21. September dieses Jahres haben sich Mitglieder der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen bereit erklärt, aktiv zur Erreichung dieses Ergebnisses beizutragen.

Wie A. Guterres auf einer Pressekonferenz am Vorabend der aktuellen Sitzung sagte: «Wenn wir Frieden und Wohlstand auf der Grundlage von Gleichheit und Solidarität wollen, dann haben die Staats- und Regierungschefs eine besondere Verantwortung, einen Kompromiss bei der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft zum Wohle aller zu finden.» Eine gute Antwort an diejenigen, die versuchen, die Welt in «Demokratien» und «Autokratien» aufzuteilen und allen nur ihre neokolonialen «Regeln» zu diktieren.

Übersetzung: Rosa Klotz

Für das Pentagon ist die Ukraine ein Testgelände und es geht dabei über Leichen

uncut-news.ch, September 27, 2023

Die Beraterin für Aussenpolitik und Verteidigung, Mara Karlin sagte, der Konflikt in der Ukraine liefere «wertvolle Erkenntnisse».

Sie verglich die Ukraine mit einem «Labor» für militärische Innovationen, insbesondere in den Bereichen künstliche Intelligenz und Drohnen.

Was für ein Haufen Leute

Die in der Ukraine gesammelten wertvollen Erkenntnisse seien genauso wichtig wie die Daten, die das US-Militär während der Kriege in Afghanistan und im Irak gesammelt habe, sagte Karlin am Mittwoch während einer Podiumsdiskussion im Ronald-Reagan-Institute.



Mara Karlin am Kopfende des Tisches (US Air Force Tech. Sgt. Jack Sanders CC0)

Der Immobilienunternehmer Erik de Vlieger kommentierte es auf X: «Schauen Sie sich diese Idioten der amerikanischen (Pentagon-)Rüstungsindustrie an, die begeistert davon sind, dass sie dank des Todes junger Menschen Innovationen hervorbringen können. Was für ein Haufen Menschen.»



Der ehemalige ukrainische Verteidigungsminister Oleksi Reznikow hat den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine als «Chance für westliche Waffenhersteller» bezeichnet.

Die Rüstungsriesen könnten sehen, ob ihre Waffen funktionierten, wie effektiv sie seien und ob sie angepasst werden müssten, sagte Reznikow der Financial Times im Juli. «Die Rüstungsindustrie könnte sich kein besseres Testgelände wünschen.»

Quelle: <https://uncutnews.ch/fuer-das-pentagon-ist-die-ukraine-ein-testgelaende-und-geht-dabei-ueber-leichen/>

So tritt die Schweizer Verteidigungsministerin die Schweizer Neutralität mit Füßen

Von: Christian Müller, 24. September 2023



Schön Händchenhalten am WEF in Davos: NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Bundesrätin Viola Amherd, die mit ihrer Armee für die Sicherheit der WEF-Teilnehmer sorgt.

Die Neutralität der Schweiz ist Jahrhunderte alt und hat die Schweiz von mehreren Kriegen bewahrt. Und weil die Schweizer Neutralität auch international anerkannt und geschätzt wurde, hat die Schweiz bei internationalen Konflikten schon oft auch als willkommene Vermittlerin einen Beitrag zum Frieden leisten können. Der Schweizer Verteidigungsministerin Viola Amherd allerdings geht das alles – man verzeihe den Ausdruck – einfach «am Arsch vorbei». Sie propagiert und fördert eine enge Zusammenarbeit mit der NATO. Ohne des Volkes Meinung dazu einzuholen!

Viola Amherd, seit 1919 Mitglied der siebenköpfigen Schweizer Regierung, leitet das Departement VBS – Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.

Eine ehrliche Politikerin?

Man darf zweifeln. Gegen den Bundesbeschluss der beiden Schweizer Parlamentskammern vom 20. Dezember 2019, für den Kauf neuer Kampffjets für die Schweizer Armee als Budget 6 Milliarden Schweizer Franken zu bewilligen, wurde erfolgreich das Referendum ergriffen, worauf es zu der dann notwendig gewordenen Volksabstimmung kam. Welche Kampffjets gekauft werden sollten, war, wie es hiess, immer noch in der Evaluation. Zur Diskussion standen F/A-18 E/F Super Hornet von Boeing in den USA, F-35A von Lockheed Martin in den USA, Rafale B von Dassault in Frankreich, Eurofighter von Airbus, BAE-Systems und Leonardo, produziert in Deutschland, Grossbritannien, Spanien und Italien, und schliesslich Gripen E von Saab in Schweden.

Das Ergebnis der Volksabstimmung war eines der knappsten in der Geschichte der Schweiz: 50,1% oder 1'605'700 Stimmen sagten Ja zum Kauf neuer Kampffjets, 49,9% oder 1'597'030 Stimmen sagten Nein. Die Differenz lag bei über 3,2 Millionen Abstimmenden bei 8670 Stimmen. Aber, so die Schweizer Regierung damals: Abgestimmt ist abgestimmt.

Erst nach der Abstimmung gab das VBS bekannt, die Evaluation sei abgeschlossen, der «Sieger» aus der Evaluation sei der F-35, jener Kampffjet notabene, der im Gegensatz zu anderen fähig ist, auch Atombomben zu transportieren – weshalb er übrigens auch von Deutschland bevorzugt wird.

Das wiederum bewegte die Kampffjet-Gegner, erneut aktiv zu werden, zumal die Abstimmung auch genau am Tag des Kriegsbeginns in Armenien stattfand, am 27. September 2020, einem Krieg, der in kürzester Zeit zeigte, dass heutzutage nicht Kampffjets einen Krieg entscheiden, sondern die Qualität und die Anzahl der Drohnen. Ausserdem wurde ruchbar, dass der Evaluationsentscheid pro F-35 intern schon vor der Abstimmung gefällt worden war, aber absichtlich noch nicht bekanntgegeben wurde, um jene Zweifler, die Kampffjets aus Europa noch akzeptieren mochten, einen Kauf eines US-Jets aber ablehnen würden, nicht noch zu einem Nein zu motivieren. Dabei muss man wissen, dass der Hersteller eines Kampffjets aufgrund der eingebauten Systeme jeden Jet per Knopfdruck aus der Ferne innerhalb Minuten grounden, also ausser Betrieb setzen kann.

Und was machte die fromme Viola «am Herd»? Um diese Diskussionen abzuwürgen, unterzeichnete sie den Kaufvertrag mit den USA und mit Lockheed Martin in aller Eile, argumentierend, dass sonst der Preis steige. Damit war das Thema vom Tisch. Demokratie à la Viola Amherd aus dem Kanton Wallis.

Und was hat man in Bern, der Schweizer Hauptstadt, aus dieser Geschichte gelernt? Nichts.

Jetzt, am 21. September 2023, setzte das VBS-Ministerium folgende Mitteilung auf die offizielle Website der Schweizer Exekutive. Wörtlich:

«Partnerschaft für den Frieden: Die Ziele der Kooperation zwischen der Schweiz und der NATO für 2023 und 2024 sind festgelegt.»

Bern, 21.09.2023 – Die Schweiz und die Nato haben die Ziele ihrer Zusammenarbeit für die Jahre 2023 und 2024 in einem nicht rechtsverbindlichen Dokument, dem «Individually Tailored Partnership Programme» (ITPP), definiert. Der Abschluss dieses ITPP erfolgt im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und trägt zur Umsetzung der Absicht des Bundesrates bei, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik zu stärken.

Die Schweiz nimmt seit 1996 an der Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, PfP) teil. Die PfP ist ein Programm für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der NATO und den einzelnen Partnerstaaten. Sie ermöglicht Partnerstaaten wie der Schweiz, eine massgeschneiderte Zusammenarbeit mit der NATO im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verfolgen. Für die Schweiz ist die PfP ein Instrument, dank dem sie nach ihren Bedürfnissen und Interessen mit den Staaten in ihrem regionalen Umfeld zusammenarbeiten und zur Stabilität und Sicherheit in ihrem Umfeld beitragen kann. Die Teilnahme an der PfP ist mit der Neutralität der Schweiz vereinbar.

Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der NATO 2023 und 2024

Die gesamte Kooperation zwischen der Schweiz und der NATO erfolgt im Rahmen der PfP. Der Bundesrat legt jeweils die thematischen Schwerpunkte und die Prioritäten dieser Kooperation fest, letztmals im März 2022. Auf dieser Grundlage erarbeitet die Schweiz dann gemeinsam mit der NATO für zwei Jahre ein nicht rechtsverbindliches Dokument mit der Bezeichnung «Individually Tailored Partnership Programme» (ITPP). Das ITPP für den Zeitraum von 2023 bis 2024 wurde kürzlich fertiggestellt. Es umreißt die Zielsetzungen der Kooperation. Formuliert werden sowohl allgemeine Ziele, wie die Fortsetzung des politischen Dialogs, als auch spezifischere, wie die Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen neue Technologien und Innovation; Resilienz; Förderung der Frauen, des Friedens und der Sicherheit (Women, Peace and Security, WPS); Abrüstung; Nonproliferation sowie Cyberabwehr. Mehrere Ziele betreffen die Stärkung der Interoperabilität, zum Beispiel bei der Luftwaffe oder den Kommunikationssystemen. Zudem ist vorgesehen, die Beteiligung der Schweiz an den Kompetenzzentren der NATO (Centres of Excellence) zu verstärken und Stabs-offiziere in NATO-Strukturen zu entsenden.

Mit dem militärischen Angriff auf die Ukraine hat Russland die Grundlagen für eine regelbasierte Friedensordnung in Europa zerstört. Das ITPP trägt vor diesem Hintergrund zur Umsetzung der Absicht des Bundesrates bei, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik unter Wahrung der Neutralität (sic!) zu verstärken, wie dies im Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 festgehalten ist, der vom Bundesrat am 7. September 2022 verabschiedet wurde.»

(Ende der offiziellen Nachricht des VBS.)

Und das alles läuft unter dem Namen «Partnerschaft für den Frieden». Wo und wann hat die NATO schon etwas für den Frieden geleistet?

Die neutrale Schweiz strebt «Interoperabilität» mit der NATO an!

Das Wort «Interoperabilität» – international unter «Interoperability» bekannt – heisst nichts anderes, als dass eine Armee eng mit der NATO zusammenarbeiten kann und soll. Oder, um ein konkretes Beispiel zu nennen, genau das, was die NATO über Jahre erfolgreich mit der ukrainischen Armee betrieben hat: Gleiche Kaliber bei der Munition, gleiche Kaderstufen im Offiziers-Korps, mindestens eine gemeinsame Sprache (in der Ukraine z.B. Englisch), gleiche Kommunikationssysteme, gemeinsame militärische Manöver, etc. etc. Im französischsprachigen Dokument zu dieser Entscheidung des VBS kommt das Wort «interopérabilité» zehn Mal vor!

Und was hat das mit unserer Schweizer Neutralität zu tun? Nichts, gar nichts. Es ist der gelebte Bruch mit der historisch gewachsenen Neutralität. Sprich: Lasst doch endlich auch uns Schweizer und Schweizerinnen nach den Vorgaben der USA Politik betreiben! Horribile dictu! Es ist einfach grauenhaft!

Was aber können wir gegen diese demokratie- und neutralitätsfeindliche Politik unserer Verteidigungsministerin tun?

Vor allem eines: Die gegenwärtige Unterschriften-Sammlung der Neutralitätsinitiative unterschreiben! Hier gibt es die Unterschriften-Formulare!

Schneller wirksam wäre die Abwahl dieser Dame anlässlich der Bundesratswahlen am kommenden 13. Dezember. Aber darauf besteht leider keine Hoffnung, zumal die Partei, die sie in den Bundesrat reingebracht hat, die sogenannte «Die Mitte» – früher die CVP, die «Christlichdemokratische Volkspartei» – bei den Parlamentswahlen am 22. Oktober vielleicht sogar zur drittstärksten Partei der Schweiz aufsteigt, mit künftig vielleicht sogar zwei statt bisher nur einem Mitglied im siebenköpfigen Bundesrat.

PS: Wo sind übrigens die Stadt und der Kanton Genf, die durch diese NATO-affine Politik des gegenwärtigen Schweizer Bundesrates ihren internationalen Ruf als idealen – weil eben neutralen! – Verhandlungsplatz in kürzester Zeit verlieren werden? Schon jetzt ist das IKRK daran, in Genf Hunderte von Arbeitsplätzen abzubauen ...

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-tritt-die-schweizer-verteidigungsministerin-die-schweizer-neutralitaet-mit-fuessen/>

So verlogen informieren unsere Medien!

Von: Christian Müller, 20. September 2023

Während des Besuchs von Antony Blinken in Kiew trafen Raketen auf den Markt in der ukrainischen Stadt Konstantinowka. 16 oder gemäss anderen Berichten 17 Menschen kamen zu Tode, viele mehr wurden verletzt. Noch am gleichen Abend berichtete die früher beste Nachrichtensendung der deutschsprachigen Schweiz, das «Echo der Zeit», darüber. Und am nächsten Tag war es selbstverständlich ein grosses Thema in den Zeitungen. Jetzt aber hat sogar die «New York Times», wahrlich keine russlandfreundliche

Zeitung, einen ausführlichen Bericht mit etlichen Bildern und Videos darüber publiziert des Inhalts, dass die Raketen nicht von den Russen, sondern von den ukrainischen Truppen selbst abgeschossen wurden. Damit sind auch die deutschen und Schweizer Medien ihrer miserablen Berichterstattung überführt.

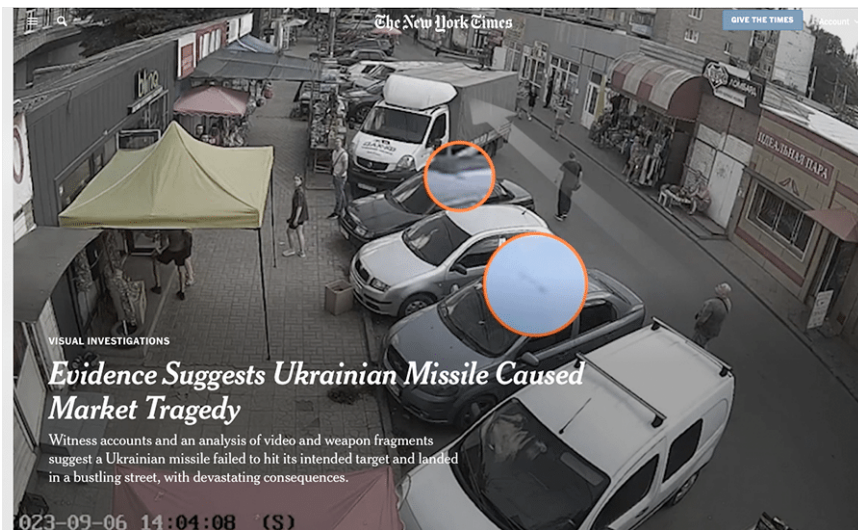


Bild aus The New York Times:

Eigene Recherchen haben ergeben, dass die Rakete von der ukrainischen Seite kam.

Wer sich 2 Minuten und 16 Sekunden Zeit nehmen kann: Hier der Bericht im Schweizer «Echo der Zeit» von David Nauer. Vier Mal in diesen 136 Sekunden ist vom russischen Angriff die Rede, und zitiert wird nur Wolodymyr Selensky.

Für die Zeitungen des Schweizer Medien-Konzern CH-Media war dieser Angriff tags darauf der Aufmacher des Ausland-Teiles:

Donnerstag, 7. September 2023

Ausland

17 tote Zivilisten nach russischem Angriff

Der Besuch von US-Aussenminister Antony Blinken in der Ukraine wird überschattet von einem «terroristischen Akt».

Renzo Ruf, Washington

Der amerikanische Aussenminister Antony Blinken ist am Mittwoch zu einem Überraschungsbesuch in Kiew eingetroffen. Blinken, der mit dem Zug in die ukrainische Hauptstadt reiste, kündigte in der Ukraine ein weiteres Hilfspaket im Umfang von mehr als einer Milliarde Dollar an. So beabsichtigen die USA, die Ukraine künftig mit umstrittener Uranmunition zu beliefern.

«Wir wollen sicherstellen», sagte Blinken, «dass die Ukraine nicht nur das hat, was sie braucht, um in der Gegenoffensive erfolgreich zu sein.» Auch möchte Washington gewährleisten, dass sich Kiew auf lange Sicht verteidigen kann. Während der gemeinsamen Zugfahrt mit der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, die am Mittwoch im ukrainischen Parlament eine Ansprache hielt, dankte Blinken der Dänin auch für die Lieferung moderner Kampfflugzeuge an die Ukraine.

17 Tote bei Angriff auf Markt in Kostjantyniwka

Der Besuch des amerikanischen Chefdiplomaten wurde jedoch durch einen russischen Angriff auf Zivilisten überschattet. Im Zentrum der ostukrainischen Stadt Kostjantyniwka im Donbass starben demnach am Mitt-

woch mindestens 17 Menschen, darunter auch ein Kind. Mehr als 30 Menschen wurden gemäss offiziellen Quellen verletzt, als ein Artilleriegeschoss das Geschäftsviertel zerstörte. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski verurteilte die Attacke auf eine Markthalle als terroristischen Akt. «Dieses russische Übel muss so schnell wie möglich besiegt werden», sagte Selenski vor seinem Treffen mit Blinken.

Die Provinzstadt Kostjantyniwka befindet sich rund 25 Kilometer westlich der Front bei Bachmut, Schauplatz heftiger Gefechte. Zuletzt meldeten die ukrainischen Streitkräfte gewisse Fortschritte beim Versuch, Bachmut zurückzuerobern. Russische Quellen wiesen diese Darstellung zurück.

Hingegen ist es unbestritten, dass die Ukraine im Südosten des Landes Geländegewinne erzielen konnte. So soll es den Streitkräften nach Wochen des Stillstandes gelungen sein, im Zuge der Gegenoffensive die ersten zwei von drei russischen Verteidigungslinien zu durchbrechen. Dies umfasste Gräben und Panzersperren.

In den Augen der Analysten des Institute for the Study of War (ISW) in Washington sei es den ukrainischen Streitkräften gelungen, südlich und westlich von Robotyne in ein Gelände



Der amerikanische Aussenminister Antony Blinken (rechts) wird am Mittwoch in Kiew von seinem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba empfangen.

Bild: Brendan Smialowski/AP

vorzustossen, das zuvor von den Russen besetzt worden sei.

Washington will Fortschritte sehen

Blinken wird sich über diese Fortschritte freuen, zeichnet sich doch in Washington Widerstand gegen eine Fortsetzung der Waffenlieferungen in die Ukraine ab. Zufälligerweise war der amerikanische Chefdiplomat letztmals im vorigen September 2022 auf Besuch in Kiew, als sich die Streitkräfte dazu aufmachten, Charkiw und Cherson zurückzuerobern.

Andererseits gilt Blinken in Washington als das Mitglied des

Kabinetts von Präsident Joe Biden, das am meisten Empathie für die Ukraine zeigt. In einem neuen Buch schreibt der amerikanische Journalist Franklin Foer über Blinken: «Er fühlte sich der ukrainischen Sache stärker verbunden» als sämtliche andere Regierungsmitarbeiter. Mit ein Grund dafür, spekuliert Foer, könnte die Familiengeschichte des Aussenministers sein. So stammten sein Grossvater und sein Urgrossvater ursprünglich aus Kiew. Die Heimat seiner Vorfahren habe Blinken «vielleicht unterbewusst» immer wieder zu sich hingezogen, schreibt Foer.

Was Selenski über Biden denkt

Enthüllung Joe Biden und Wolodymyr Selenski mochten sich anfänglich nicht riechen. Das schreibt der amerikanische Journalist Franklin Foer in einem neuen Buch mit dem Titel «The Last Politician», das demnächst auch auf Deutsch erscheinen soll.

Der Grund dafür: Selenski, der im Spätsommer 2021 für ein erstes Treffen mit Biden nach Washington reiste, habe den amerikanischen Präsidenten für zahlreiche seiner politischen Probleme verantwortlich gemacht. Der US-Präsident wiederum konnte mit dem 35 Jahre jüngeren Ukrainer wenig anfangen – auch weil sich der Ex-Kabarettist weigerte, sich wie ein Politiker zu verhalten. Biden war der Meinung, dass Selenski ein Bittsteller sei und auch so aufzutreten habe. Der Ukrainer aber hielt nichts von solchen unterwürfigen Gesten. Stattdessen überraschte er Biden am 1. September 2021 während des Gesprächs im Weissen Haus mit dem Wunsch nach einem Nato-Beitritt der Ukraine.

Als der US-Präsident lauwarm auf diese Idee reagierte, wurde Selenski immer aufgebracht. Er begann die Nato schlechtzureden. So soll er

Biden prognostiziert haben, dass Deutschland und Frankreich das Verteidigungsbündnis bald verlassen würden. «Das war eine absurde Analyse. Und sie machte Biden stinksauer», schreibt Foer.

Lob für «strategische Klarheit» Bidens

Das Verhältnis zwischen den beiden Präsidenten verbesserte sich in der Folge schlagartig. Auch wenn Biden-Berater noch heute behaupten, Selenski habe bei Kriegsbeginn den legendären Satz «Ich brauche Munition, keine Mitfahrgelegenheit» so nie gesagt, zeigte sich der amerikanische Präsident nach der russischen Invasion im Februar 2022 beeindruckt über die Kampfbereitschaft der Ukrainer.

Foer wiederum stellt Biden, bei aller Kritik an seinen offensichtlichen Mängeln, ein gutes Zeugnis aus. Er schreibt: «Im Zusammenhang mit der Ukraine zeigten sich die Vorteile eines älteren Präsidenten.» Seine «beruhigende Präsenz» und «strategische Klarheit» hätten dazu beigetragen, die westliche Allianz gegen Russland zusammenzuhalten, sagt Foer über Biden. (rr)

In der NZZ war an diesem Tag eine Meldung aus dem Schweizer Finanzplatz natürlich wichtiger, aber auch hier waren die Informationen dieselben:

«Russischer Angriff auf Markt im Donbass fordert 16 Tote

(dpa) Bei einem russischen Luftangriff auf einen Markt in der ostukrainischen Stadt Kostjantiniwka sind laut offiziellen Angaben mindestens 16 Personen getötet und 30 verletzt worden. Auf Videos ist zu sehen, wie ein Geschoss mit einem riesigen Feuerball in einer belebten Strasse einschlug; Trümmer flogen durch die Luft, Brände brachen aus, Tote lagen auf den Strassen, und Menschen rannten um ihr Leben. Russland betont stets, es greife nur militärische Ziele an.»

Eine Woche später war dann auf der russischen Plattform RT der folgende Bericht zu lesen:

«Wozu Ermittlung?» – Kiew will keine Untersuchung zum Raketenanschlag auf den Markt in Konstantinowka. Am 6. September starben auf einem Markt in Konstantinowka in der Donezker Volksrepublik 16 Menschen infolge eines Raketenangriffs. Präsident Selensky beschuldigte Russland umgehend des Kriegsverbrechens. Nachdem ein «Bild»-Redakteur die Schuld der Ukraine festgestellt hatte, will Kiew das Thema vergessen haben.

Das ukrainische Militär dokumentiert die Folgen eines Raketenangriffs auf einen Markt in Konstantinowka am 6. September. Bei dem Angriff starben 16 Personen. Die Ukraine beschuldigt Russland des Kriegsverbrechens, doch eindeutige Videobeweise sprechen für die Schuld der Ukraine.

Genau vor einer Woche fand der Raketenangriff auf einen Markt in der frontnahen Stadt Konstantinowka statt, der 16 Menschen das Leben kostete und mehrere Dutzend verletzte. Der Ort ist ukrainisch kontrolliert und befindet sich in 15 bis 20 Kilometern Entfernung zur Frontlinie, was Kiew sofort das Argument für einen russischen Angriff lieferte – RT DE berichtete. Den Vorwurf haben die meisten deutschen Medien sofort als Tatsache übernommen. Doch mit der Veröffentlichung des Videos auf dem offiziellen Telegram-Kanal des ukrainischen Präsidenten, das den Anflug der Rakete zeigt, wurde der Beweis für die Schuld Kiews erbracht: Die Rakete wurde ganz offensichtlich von ukrainischen Positionen abgeschossen.

Darauf haben auch einige einflussreiche proukrainische Journalisten hingewiesen, darunter Bild-Redakteur Julian Röpcke. Daraufhin verschwand das Thema aus den westlichen und ukrainischen Medien. Da das blutige Verbrechen gegen die Zivilisten auch noch Tage nach dem Angriff als Beispiel «russischer Brutalität» für antirussische Propaganda hätte dienen können, lässt sich dieser Umstand als indirektes Eingeständnis der eigenen Schuld werten.

Am Dienstag fragten die Journalisten eines russischen proukrainischen Streaming-Kanals den Chefberater des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes, Michail Podoljak, nach möglichen Gegenbeweisen, die den Verdacht eines ukrainischen Eigenbeschusses entkräften würden. Podoljak fungiert als inoffizieller Sprecher des Präsidenten, dessen Aufgabe es ist, die ukrainische Position gegenüber den Medien zu erläutern.

Die Journalisten, die das Interview mit Podoljak führten, sagten, dass die im Zuge der Untersuchung gefundenen Raketeile Licht ins Dunkel bringen würden. Podoljak, der unmittelbar darauf sichtlich nervös wurde, erwiderte:

«Warum die Untersuchung? Für uns ist alles offensichtlich. ... Müssen wir jedes Trümmerteil [der Rakete] bestätigen, nur weil jemand gesagt hat, dass die Ukraine sich selbst beschossen hat?»

Er verwies darauf, dass die russischen Truppen ständig die frontnahen Gebiete beschossen und dies sei nur ein Beschuss unter Tausenden anderen gewesen. Es war keine kurze Antwort und Podoljak verwickelte sich in Widersprüche. So sagte er, dass sich der Beschuss nachts ereignete, was nachweislich falsch ist – der Raketenbeschuss ereignete sich am 6. September kurz nach 14 Uhr. Ihm zufolge habe die russische Armee Konstantinowka aus einem Mehrfachraketenwerfer beschossen. Auch dies ist jedoch sehr fraglich, denn dann hätten in der Nähe weitere Granaten einschlagen müssen. Berichtet wurde jedoch nur von einem Treffer.

Dabei stellte Podoljak die rhetorische Gegenfrage, ob es denn richtig sei, dass der Donbass (von den Russen) seit acht Jahren beschossen wird. Nach offizieller ukrainischer Lesart ging jeder Beschuss der zivilen Infrastruktur seit 2014 ausschliesslich zulasten Russlands. Dies ist jedoch nachweislich falsch. Die Nachweise werden von den Ermittlungsorganen der Donezker und Lugansker Volksrepublik und der seit letztem Jahr zur Russischen Föderation gehörenden Gebiete Saporoschje und Cherson nach jedem Beschuss gesammelt, dokumentiert und an die internationalen Strafverfolgungsorgane übermittelt – dort wurden sie allerdings bis dato ignoriert.

Dies alles tue auch die Ukraine, behauptete Podoljak im Laufe des Gesprächs, nachdem die Journalisten ihn darauf hingewiesen hatten, dass die Trümmerteile einer Rakete zu dem Militärgerät, von dem sie abgeschossen wurde, und damit zu den Schuldigen führen werde. «Wir fixieren alles und konkrete Menschen werden aufgrund konkreter Straftatbestände für den Beschuss der zivilen Infrastruktur belangt.»

Doch wie es möglich ist, gegen bestimmte Personen juristisch einwandfrei zu ermitteln, wenn ohnehin alles «offensichtlich» sei, ohne dass Primärbeweise wie Raketenteile Beachtung finden müssten, erläuterte der Vertreter des Präsidialamtes nicht näher. Auch sprach er in seiner Argumentation vom Beschuss mit ballistischen Raketen und nicht von Artilleriefeuer. Der Beschuss mit einem Mehrfachraketenwerfer zählt jedoch als Artilleriefeuer.

Am Ende des Interviews wurde Podoljak sichtlich gereizter, sodass er zum Gegenangriff überging: «Ich frage mich, warum jemand kommen und erzählen muss, dass die Ukraine sich selbst tötet?! Dadurch wird nur russische Propaganda ohne jeglichen Beweis weiterverbreitet.»

[]

In der Wikipedia, die bei vielen immer noch als «universelles» Medium gilt, steht hingegen im Artikel zur Stadt Konstantinowka allen Zweifeln an der ukrainischen Version zum Trotz folgender Eintrag: «Durch einen russischen Luftangriff am 6. September 2023 auf einem Marktplatz wurden nach ukrainischen Angaben 16 Menschen getötet und 33 Personen verletzt.» (Die neuste Version auf Wikipedia ist schon wieder anders, siehe «Die Welt». Red.)

(Ende des Berichts auf RT. Alles nur russische Propaganda?)

Und jetzt die New York Times!

Und jetzt das: Am 19. September brachte die neben der «Washington Post» vielleicht prominenteste US-Zeitung «The New York Times» einen eigenrecherchierten Bericht, wonach die Bomben in Konstantinowka definitiv von der ukrainischen Armee abgeschossen wurden:

«The Sept. 6 missile strike on Konstantinovka in eastern Ukraine was one of the deadliest in the country in months, killing at least 15 civilians and injuring more than 30 others. The weapon's payload of metal fragments struck a market, piercing windows and walls and wounding some victims beyond recognition. Less than two hours later, President Volodymyr Zelensky blamed Russian «terrorists» for the attack, and many media outlets followed suit. Throughout its invasion of Ukraine, Russia has repeatedly and systematically attacked civilians and struck schools, markets and residences as a deliberate tactic to instill fear in the populace. In Kostiantynivka in April, they shelled homes and a preschool, killing six.

But evidence collected and analyzed by The New York Times, including missile fragments, satellite imagery, witness accounts and social media posts, strongly suggests the catastrophic strike was the result of an errant Ukrainian air defense missile fired by a Buk launch system.»

Oder zu Deutsch:

«Der Raketenangriff auf Konstantinowka in der Ostukraine am 6. September war einer der tödlichsten in dem Land seit Monaten, bei dem mindestens 15 Zivilisten getötet und mehr als 30 verletzt wurden. Die mit Metallsplintern beladene Rakete schlug in einen Markt ein, durchschlug Fenster und Wände und verletzte einige Opfer bis zur Unkenntlichkeit.

Weniger als zwei Stunden später machte Präsident Wolodymyr Selensky russische «Terroristen» für den Angriff verantwortlich, und viele Medien schlossen sich dem an. Während seiner Invasion in der Ukraine hat Russland wiederholt und systematisch Zivilisten angegriffen und Schulen, Märkte und Wohnhäuser angegriffen, um der Bevölkerung Angst einzujagen. Im April beschossen sie in Konstantinowka Häuser und eine Vorschule, wobei sechs Menschen getötet wurden.

Die von der «New York Times» gesammelten und analysierten Beweise, darunter Raketensplinter, Satellitenbilder, Zeugenaussagen und Posts in den sozialen Medien, deuten jedoch stark darauf hin, dass der katastrophale Einschlag das Ergebnis einer fehlgeleiteten ukrainischen Luftabwehrrakete war, die von einem Buk-Raketenabschuss-System abgefeuert wurde.»

Ob es wirklich nur ein fehlgeleiteter Beschuss war, wie die NYT schreibt, darf bezweifelt werden. Da genau in dieser Zeit der US-amerikanische Aussenminister Antony Blinken in Kiew weilte, könnte es auch ein gewolltes Blutbad gewesen sein, um aktuell und anschaulich zu zeigen, wie brutal die Ukraine von Russland beschossen wird. Und die deutschsprachigen Medien sind ja, wie von der Ukraine beabsichtigt, auf diese ukrainischen Informationen auch hereingefallen.

Nur ein Zufall?

Nein! Die drei oben erwähnten Beispiele aus den Schweizer Medien zeigen, dass russische Informationen schon gar nicht zur Kenntnis genommen werden und dass auf der anderen Seite die Informationen aus der Ukraine absolut ungeprüft übernommen werden. Es könnten jede Menge andere Beispiele gezeigt werden. Der Schweizer Journalist David Nauer wird in die Medien-Geschichte der Schweiz eingehen: Er hat das Verdienst, aus dem «Echo der Zeit», das bis vor wenigen Jahren die absolut beste Schweizer Informations-Sendung der öffentlich-rechtlichen Medien-Anstalt SRF/SGR war, eine unglaubliche, wertlose, um nicht zu sagen verlogene Sendung gemacht zu haben, zumindest was die Berichterstattung über Russland und den Krieg in der Ukraine betrifft.

Und künftig berichtet dieser Journalist sogar im Schweizer Fernsehen über Russland und die Ukraine.

Siehe dazu auch: «Ist auch das «Echo der Zeit» gefährdet?» Dieser Artikel von Christian Müller erschien am 1.11.2021 noch auf der Plattform infosperber.ch, in deren Redaktionsleitung Christian Müller damals arbeitete, bevor er aufgrund seines Artikels «Krieg ist Krieg. Es gibt nichts Schlimmeres» vom 26. Februar 2022 von Urs Gasche, Publizistischer Leiter von infosperber.ch und Stiftungsratspräsident SSUI, aus der Infosperber-Redaktion – nach über zehnjähriger Zusammenarbeit – entlassen wurde. (Im Artikel «Ist auch Das «Echo der Zeit» gefährdet?» bitte auch die Kommentare lesen. Danke.)

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-verlogen-informieren-unsere-medien/>



Titelbild: ZDF 19.9.2023

Ein Artikel von: Albrecht Müller, 20. September 2023 um 10:38

Wir lesen und lernen, wir seien ein souveränes Land, wir lesen zum Beispiel hier «Ausländische Militärliegenschaften in Deutschland sind kein «extraterritoriales» Gebiet des Entsendestaates». Ramstein liegt in Deutschland und auch die Militärbasis Ramstein ist zu Deutschland gehörendes Land. Und dennoch lädt der US-Verteidigungsminister – immer wieder – nach Ramstein zu einer Konferenz ein, inzwischen «Ramstein-Format» genannt. Die Rheinpfalz nennt den US-Verteidigungsminister Austin «Gastgeber des Treffens». – Die Einrichtung dieser wiederkehrenden Konferenz ist nicht «ohne» und sie erhöht die Gefahr, dass Ramstein und Umgebung im Ernstfall Ziel eines massiven Militärschlags Russlands werden wird. Albrecht Müller.

Bevor eintritt, was sich die deutsche Aussenministerin wünscht, bevor Russland «ruiniert» wird, müssen Ramstein und Umgebung mit einem massiven Militärschlag, möglicherweise mit einem Nuklearschlag rechnen. Davon werden hunderttausende von Menschen betroffen sein. Ramstein liegt nicht in einer Wüste. Das «Ramstein-Format» ist eine für Russland bedrohliche Einrichtung. In Ramstein werden militärische Planungen besprochen und Entscheidungen über die militärische Ausrüstung und Aufrüstung der Ukraine gefällt. Das geschieht nicht irgendwo, es geschieht in Deutschland. Wir sind also nicht nur mit unseren Waffenlieferungen, sondern auch noch als Ort der Koordination und Planung militärischer Aktionen im Krieg mit Russland beteiligt.

An diesem Beitrag des ZDF wird sichtbar, wie wichtig das Treffen in Ramstein für die Kriegsführung in der Ukraine ist. Ramstein ist direkt in diesen Krieg verwickelt.

Das folgende Foto ist nicht in den USA oder in der Ukraine, deren Flaggen von den Flaggen der USA eingerahmt sind, geschossen worden. Es ist in Deutschland, es ist in Ramstein entstanden.

Als Fussnote ist übrigens noch von einer besonderen Lachnummer zu berichten: Der deutsche Verteidigungsminister kann wegen einer Corona-Erkrankung am Treffen in Ramstein nicht teilnehmen. Das macht aber offenbar nichts. In Ramstein bestimmen sowieso die USA, was geschieht. Unser zuständiger Minister sässe sowieso am Katzentisch.



(Quelle: ZDF)

Wer hilft den von der erkennbaren militärischen Bedrohung Betroffenen? Die Bundesregierung offensichtlich nicht. Die rheinland-pfälzische Landesregierung auch nicht. Eigentlich müsste die zuständige Staatsanwaltschaft in Zweibrücken tätig werden. Sie müsste zumindest prüfen, ob eine juristische Intervention gegen die Einladung des US-amerikanischen Verteidigungsministers zu einer Konferenz auf deutschem Boden möglich ist.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=104101>

«Wer hier mitmacht, ist Kriegspartei»

Von: Hans Bieri, 18. September 2023



Sie haben die Schweizer Neutralität massiv verletzt: Der Schweizer Bundesrat 2021, vlnr: Viola Amherd, Simonetta Sommaruga, Ignazio Cassis, Guy Parmelain, Ueli Maurer, Alain Berset, Karin Keller-Sutter, Stabschef Walter Thurnherr (Bundeskanzler). (Foto CH admin)

(Red.) Am 8. März 2022 hat Christian Müller, Herausgeber der Plattform «Globalbridge.ch», den Schweizer Bundesrat – die Schweizer Regierung – wegen seinem Entscheid, die EU-Sanktionen gegen Russland vollständig zu übernehmen und damit die Schweizer Neutralität massiv zu verletzen, hart kritisiert. (Sein Kommentar war zuvor schon am 3. März auf der deutschen Plattform «NachDenkSeiten» erschienen.) Leider gab es damals nur wenige ähnliche Stimmen in den Medien. Aber es gab sie – etwas versteckt zum Beispiel als Leserbrief im «Schweizer Bauer» vom 9. März 2022. Die Argumentation von Hans Bieri ist heute so richtig und so aktuell wie damals, weshalb sein damaliger Beitrag hier im vollen Wortlaut wiedergegeben sei. (cm).

Wer bei den Sanktionen gegen Russland mitmacht, ist Kriegspartei. Die Sanktionen beziehen sich auf den Einmarsch russischer Truppen in das Staatsgebiet der Ukraine. Wäre die Schweiz neutral, hätte sie zur Konfliktlösung etwas zu bieten.

Der Konflikt begann ja nicht erst mit dem russischen Truppeneinmarsch im Februar 2022, sondern vor acht Jahren. Er begann mit dem Putsch in der Ukraine, wo im Ergebnis die historisch ansässige, russisch sprechende Bevölkerung von den demokratischen Rechten ausgeschlossen wurde.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), damals unter schweizerischer Leitung, war daran, den gesetzlosen Putsch beim Namen zu nennen. Vor allem auch die verachtenswerte Asymmetrie, dass die ukrainische Armee die Wohngebiete der russisch sprechenden Ostprovinzen der Ukraine beschoss, wogegen die aufständischen Verbände der Ostprovinzen die Offensiven der ukrainischen Armee bekämpften. Diese Asymmetrie führte im Lauf von acht Jahren zu 14'000 Toten – mitten in Europa. Es ist kaum zu bestreiten, dass es der Schweiz, als sie den Vorsitz der OSZE innehatte, auch wegen ihrer Neutralität gelungen ist, ein Abkommen in Minsk auf den Weg zu bringen, um das durch den Putsch ausgelöste Unrecht zu ordnen. Die aussenpolitische Kommission der Schweiz war in der Folge nicht in der Lage, diesen Erfolg weiterzutragen. Minsk II wurde von Frankreich, Deutschland (mit den USA im Hintergrund), von der Ukraine und von Russland unterzeichnet. Dabei ist die OSZE diesen Ländern übergeordnet und nicht deren Sekretariat.

Die Schweiz wäre durch den Neutralitätsstatus in aller Form legitimiert gewesen, diese friedensstiftende und ordnende Rolle nicht aus der Hand zu geben. Diese Aufgabe der Schweiz in Europa hat die aussenpolitische Kommission vertan. Sie ist mental geschwächt und zu wenig eigenständig, weil sie Russland wegen dem Kalten Krieg immer noch aus Europa ausgrenzt und dabei den USA folgt, welche sich massiv in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und den Putsch in Kiew mit seinen verbrecherischen Folgen zu verantworten haben.

Dieses politische Versagen der schweizerischen Aussenpolitik findet nun seine Fortsetzung in der Preisgabe der Neutralität. Und wie wenn das noch nicht genug der Fehlentscheide wäre, bekennt sich der Delegierte der Schweiz in der OSZE, Andreas Aebi, auf einer ganzen Seite im «Schweizer Bauer» als «Bewunderer» der Kiewer Kriegspartei, welche während acht Jahren die Wohngebiete im eigenen Land beschoss, was bisher vor den Augen der OSZE 14'000 Tote gefordert hat.

Hans Bieri

Geschäftsführer «Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft» (SVIL)

Achtung: Die skandalöse Missachtung der Neutralität durch den Schweizer Bundesrat hat zwischenzeitlich zu einer Neutralitätsinitiative geführt. Sie sollte von möglichst vielen stimmberechtigten Schweizern und Schweizerinnen unterschrieben werden! Zum Unterschriften-Formular hier anklicken.

LESERBRIEF

«Wer hier mitmacht, ist Kriegspartei»

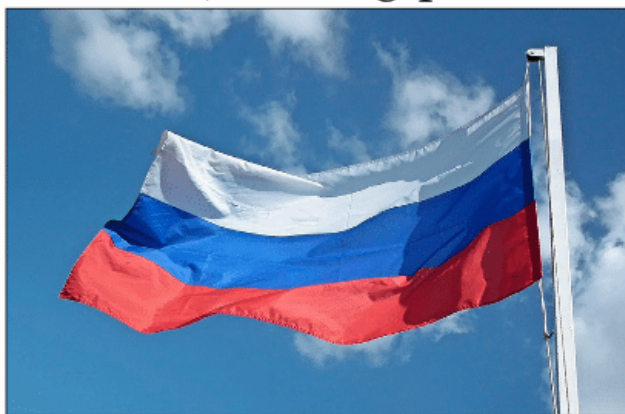
Zum Interview «Wolodymyr Selenskyj hat mich beeindruckt» im «Schweizer Bauer» vom 2. März.

Wer bei den Sanktionen gegen Russland mitmacht, ist Kriegspartei. Die Sanktionen beziehen sich auf den Einmarsch russischer Truppen in das Staatsgebiet der Ukraine. Wäre die Schweiz neutral, hätte sie zur Konfliktlösung etwas zu bieten.

Der Konflikt begann ja nicht erst mit dem russischen Truppeneinmarsch im Februar 2022, sondern vor acht Jahren. Er begann mit dem Putsch in der Ukraine, wo im Ergebnis historisch ansässige, russisch sprechende Bevölkerung von den demokratischen Rechten ausgeschlossen wurde.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), damals unter schweizerischer Leitung, war daran, den gesetzlosen Putsch beim Namen zu nennen. Vor allem auch die verachtenswerte Asymmetrie, dass die ukrainische Armee die Wohngebiete der russisch sprechenden Ostprovinzen der Ukraine beschoss, wogegen die aufständischen Verbände der Ostprovinzen die Offensiven der ukrainischen Armee bekämpften.

Diese Asymmetrie führte im Laufe von acht Jahren zu 14'000 Toten – mitten in Europa. Es ist kaum zu bestreiten, dass es der Schweiz, als sie den Vorsitz der OSZE innehatte, auch wegen ihrer Neutralität gelungen ist, ein Abkommen in Minsk auf den Weg zu bringen, um das durch



«Das politische Versagen der schweizerischen Aussenpolitik findet nun seine Fortsetzung in der Preisgabe der Neutralität», so Hans Bieri. (Bild: zvg)

den Putsch ausgelöste Unrecht zu ordnen. Die aussenpolitische Kommission der Schweiz war in der Folge nicht in der Lage, diesen Erfolg weiterzutragen. Minsk II wurde von Frankreich, Deutschland (mit den USA im Hintergrund), von der Ukraine und von Russland unterzeichnet. Dabei ist die OSZE diesen Ländern übergeordnet und nicht deren Sekretariat.

Die Schweiz wäre durch den Neutralitätsstatus in aller Form legitimiert gewesen, diese friedensstiftende und ordnende Rolle nicht aus der Hand zu ge-

ben. Diese Aufgabe der Schweiz in Europa hat die aussenpolitische Kommission vertan. Sie ist mental geschwächt und zu wenig eigenständig, weil sie Russland wegen dem Kalten Krieg immer noch aus Europa ausgrenzt und dabei den USA folgt, welche sich massiv in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und den Putsch in Kiew mit seinen verbrecherischen Folgen zu verantworten haben.

Dieses politische Versagen der schweizerischen Aussenpolitik findet nun seine Fortsetzung in

der Preisgabe der Neutralität. Und wie wenn das noch nicht genug der Fehlentscheide wäre, bekennt sich der Delegierte der Schweiz in der OSZE, Andreas Aebi, auf einer ganzen Seite im «Schweizer Bauer» als «Bewunderer» der Kiewer Kriegspartei, welche während acht Jahren die Wohngebiete im eigenen Land beschoss, was bisher vor den Augen der OSZE 14'000 Tote gefordert hat.

Hans Bieri, Geschäftsführer Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL)

Korruptes Land im Osten – Die Spatzen pfeifen das von den Dächern: Ukraine ist eine amerikanische Kolonie

Sonntag, 17. September 2023, von Freeman-Fortsetzung um 08:56

«Das sogenannte «ukrainische Getreide» ist seit langem ein amerikanisches kommerzielles Produkt.» Im Radio Kossuth sagte (<https://mediaklikk.hu/miniszterelnoki-interjuk/cikk/2023/09/15/orban-viktor-miniszterelnoki-interju-jo-reggelt-magyarorszag-szeptember-15>) der ungarische Premier, dass Brüssel das Importverbot für ukrainisches Getreide in die Grenzländer nicht verlängern will.



«Brüssel verteidigt ganz andere Interessen, auch in Bezug auf dieses Getreide – nicht europäische, nicht rumänische, nicht ungarische, nicht slowakische, sondern eher amerikanische», sagte Orbán.

Ihm zufolge «ist das, was wir ukrainisches Getreide nennen, natürlich längst kein ukrainisches Getreide mehr, sondern ein Handelsprodukt, das auf einem Gebiet angebaut wird, das wahrscheinlich den Amerikanern gehört».

Das Moratorium für den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen, das seit 20 Jahren in der Ukraine gegolten hatte, wurde im Juli 2021 offiziell aufgehoben. Die Behörden erwarteten, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen des Startens des Erdmarktes in den ersten fünf Jahren mehrere Milliarden Dollar erreichen könnten.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/09/korruptes-land-im-osten-die-spatzen.html#ixzz8DvPI1Lo8>

Sie kommen in Scharen und bleiben

Andreas Glarner, Nationalrat SVP AG VERÖFFENTLICHT AM 15. SEPTEMBER 2023



Allein am 12. September 2023 kamen über fünftausend Migranten mit Booten übers Meer. Unaufhaltsam wie ein Lava-Strom – und für Europa mindestens genau so verheerend und vernichtend.

Dieses Jahr sind gemäss UNHCR per 10. September 2023 bereits 165'669 Menschen übers Mittelmeer nach Europa gekommen – nur schon Italien musste 115'037 Migranten unfreiwillig empfangen.

Davon sind rund 72 Prozent junge Männer. Zudem befinden sich auch unter den aufgeführten «Kindern» viele über Achtzehnjährige, welche sich als sogenannte «UMAs» – also «Unbegleitete Minderjährige Asylbewerber» ausgeben und so versuchen, ein Bleiberecht zu erhalten.

Jetzt stoppen – sonst verliert Europa!

Europa ist gut beraten, diese Welle zu stoppen. Italien darf mit diesem Problem nicht allein gelassen werden. Ob möglicherweise eine Agenda dahintersteckt, ist nicht relevant. Die Bevölkerung Afrikas wächst alle zwölf Tage um eine Million Menschen. Diese Zahl stammt nicht von der SVP, sondern vom UNHCR, dem UNO-Flüchtlingswerk. Wird man sich dieser schieren Zahl bewusst, dann wird einem schlagartig klar, dass wir das Problem nicht in Europa, sondern in Afrika lösen müssen.

Der deutsche Bestseller-Autor Thilo Sarrazin schreibt in seinem Buch «Der Staat an seinen Grenzen»: «Die 1954 in Kraft getretene Genfer Flüchtlingskonvention galt ursprünglich nur für Europa. Erst 1967 wurde sie durch das ergänzende «Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge» auf die ganze Welt ausgedehnt (interessanterweise ist die Türkei dem ergänzenden Protokoll nicht beigetreten). Es erscheint unbedingt sinnvoll, dass für Flüchtlinge möglichst nah an den ursprünglichen Siedlungsgebieten gesorgt wird. Entsprechend sollte die Genfer Flüchtlingskonvention geändert werden. Es bestünde dann noch eine Pflicht für europäische Staaten, die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge anderer Kontinente mitzufinanzieren, nicht aber, sie auf dem eigenen Gebiet aufzunehmen.»

Dem ist eigentlich nichts beizufügen. Ausser, dass die SVP noch weitere Lösungsvorschläge unterbreitet hat, welche von unserem von Gutmenschen und Weichsinnigen durchseuchten Parlament natürlich allesamt abgelehnt wurden.

Asylrecht aussetzen

Als schnelle und auch zulässige Reaktion muss das Asylrecht vorübergehend ausgesetzt werden. Der Grenzschutz muss verstärkt werden, damit unmissverständlich klar ist, dass man in Europa als reiner Wirtschaftsmigrant kein Asyl mehr bekommen wird. Diese Botschaft werden alle Ausreisewilligen Afrikas und weiterer Länder verstehen.

Die Verfahren sind in Transiträumen oder noch besser in Drittstaaten abzuhalten. Wer weiss, dass er die Festung Europa nicht überwinden kann, wird auch keinem Schlepper mehr Geld bezahlen.

Geldüberweisungen stoppen

Wenn wir zudem noch die Geldüberweisungen von Asylbewerbern in ihre Heimatstaaten verbieten, wird auch weniger Geld vorhanden sein, um Schlepper zu bezahlen.

Allein Ägypten erhält von seinen Landsleuten im Ausland die unglaubliche Summe von 25 Milliarden US-Dollar – dies entspricht etwa zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) dieses Landes! Bei Eritrea, welches aus naheliegenden Gründen keine Angaben macht, dürften die Überweisungen sogar über zehn Prozent des BIP betragen.

Die erste Aufgabe des Staates: Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger

Die durch Asylbewerber verübte Kriminalität kennt bald keine Grenzen mehr. Nahezu täglich lesen wir von schweren und schwersten Delikten – allesamt durch Asylbewerber verübt. Wir Schweizerinnen und Schweizer müssen Schutz suchen vor den angeblich «Schutzsuchenden».

Ein paar Beispiele gefällig?

Basel: Asylant vergewaltigt Frau. – Bülach: Betrunkener Asylant will Frau zum Sex nötigen und setzt sie anschliessend im Wald aus. – Zürich: Ein Nordafrikaner soll eine Frau äusserst brutal vergewaltigt haben. – Zürich: Ein Kosovare sticht mit einem Klappmesser dreimal gegen den Kopf eines Clubbesuchers. – Goldau: Nordafrikaner räumen Geschäfte leer. – St. Gallen: Afghane bricht Auto auf. – Zürich: Ein Angolaner und ein Guineer stechen Sicherheitsmitarbeiter nieder. – St. Gallen: Eritreer bricht in Coiffeursalon ein. – Baden: Asylbewerber brechen in Haus ein ...

Diese Liste wird jeden Tag länger – und die Politik handelt nicht. Schön, dass der SP-Ständerat Carlo Sommaruga unlängst einen Rabatt für Erst-Vergewaltiger forderte ...

Auswirkungen auf die Schweiz

Schaut man die Hitländer der Zuwanderung auf der Asylschiene an, so wird einem schnell klar: Die Schweiz kann eine solche Zuwanderung von Ungebildeten, Unangepassten und meist testosterongesteuerten männlichen Zuwanderern nicht verkraften.

Denn Integration ist bekanntlich eine Frage der Menge – und auch der Fähigkeit und des Willens der Zuzüger – oder besser Invasoren.

Per 31. Mai 2023 tummelten sich in der Schweiz 16'731 Afghanen, 8'700 Eritreer, 7'298 Syrer, 5'463 Türken, 2'553 Iraker und 2'662 Somalier: Wohlverstanden, dies sind nur diejenigen im Asylprozess!

Wer sich in Asmara – der Hauptstadt Eritreas – in einen Bus Richtung Norden setzt, hat eine Chance von über 85 Prozent, bei uns zwar nicht unbedingt Asyl, aber mindestens «vorläufige Aufnahme» zu erhalten – was einem Bleiberecht gleichkommt. Die Schweiz hat eine faktische Personenfreizügigkeit mit Eritrea – welche allerdings sehr einseitig benutzt wird. Es befinden sich nämlich bereits 34'595 Eritreer mit dem Status B und C bei uns. Und rund 2'500 wurden bereits eingebürgert.

Die Auswirkungen auf unser Sozialsystem sind ruinös. Jeder dritte Afrikaner in der Schweiz bezieht Sozialhilfe – Tendenz steigend. Unsere Schulen kollabieren zusehends. In zahlreichen Schulhäusern versucht man händeringend, wenigstens etwas Bildung zu vermitteln. Unter dem ungehinderten Zuzug von bildungsfernen Migranten leiden unsere Kinder. Man raubt ihnen die Chance auf eine vernünftige Bildung.

Schengen kündigen – Grenzen selbst schützen

Die Schweiz darf sich nicht auf die Abkommen Schengen und Dublin verlassen. Im Gegenteil – sie muss ihre Sicherheit wieder selbst in die Hand nehmen. Deutschland macht es vor: Es hat bereits angekündigt, auf Asylgesuche von Personen, die via Italien nach Deutschland kommen, nicht mehr einzutreten.

Mit der Einführung von Grenzkontrollen, der Einrichtung von Transiträumen und der konsequenten Rückweisung von Personen, welche über sichere Drittstaaten zu uns kommen, bekommen wir die Lage wieder in den Griff. Die sozialdemokratische Regierung in Dänemark verschreibt sich seit einigen Jahren erfolgreich dieser Praxis.



AUTOR

Andreas Glarner, Nationalrat SVP AG

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/sie-kommen-in-scharen-und-bleiben/>

Mehr als 60 australische Abgeordnete fordern die USA auf, Anklagen gegen Assange fallen zu lassen. Eine Delegation australischer Abgeordneter reist nächste Woche nach Washington, um sich für die Freiheit von Assange einzusetzen.

Dave DeCamp

Eine Gruppe von 63 Mitgliedern des australischen Parlaments hat die USA aufgefordert, die Anklage gegen den WikiLeaks-Gründer und australischen Staatsbürger Julian Assange fallen zu lassen, dem im Falle einer Auslieferung an die USA und einer Verurteilung wegen der Aufdeckung von US-Kriegsverbrechen bis zu 175 Jahre Haft drohen.

Laut «The Guardian» haben die 63 Abgeordneten, darunter Mitglieder des australischen Repräsentantenhauses und des Senats, in einem Brief erklärt, dass es im Falle einer Auslieferung von Assange «einen scharfen und anhaltenden Aufschrei in Australien geben wird».

Assange wird seit über vier Jahren ohne Anklage im Londoner Belmarsh-Gefängnis festgehalten, da die USA versuchen, ihn auszuliefern und zu inhaftieren, weil er Dokumente veröffentlicht hat, die er von einer Quelle erhalten hat – eine übliche journalistische Praxis. Sollte Assange verurteilt werden, hätte dies schwerwiegende Auswirkungen auf die Pressefreiheit in den USA und auf der ganzen Welt.

Die australischen Gesetzgeber erklärten in dem Schreiben, dass sie «entschlossen der Ansicht sind, dass die Verfolgung und Inhaftierung des australischen Staatsbürgers Julian Assange beendet werden muss». Sie brachten ihre Unterstützung für eine parteiübergreifende australische Parlamentsdelegation zum Ausdruck, die nächste Woche nach Washington reisen wird, um sich für die Freilassung von Assange einzusetzen.

«Sie dient keinem Zweck, sie ist ungerecht, und wir sagen klar und deutlich – wie Freunde immer ehrlich zu Freunden sein sollten –, dass die anhaltende Verfolgung von Herrn Assange die wesentliche Grundlage der Achtung und des Respekts, den Australier für das Justizsystem der Vereinigten Staaten von Amerika haben, aufweicht», so die Abgeordneten.

Der Brief ist das jüngste Zeichen dafür, dass die australische Regierung den Druck auf die USA erhöht, die Verfolgung von Assange zu beenden. Aussenminister Antony Blinken wies die Bedenken Australiens zurück, als er das Land im Juli besuchte, um die amerikanisch-australische Militärallianz weiter zu festigen, aber Canberra hat sich geweigert, das Thema fallen zu lassen.

Nach Blinkens Besuch betonte der australische Premierminister Anthony Albanese, er bleibe in dieser Frage «standhaft». Er sagte, das Verfahren gegen Assange «dauert schon zu lange. Genug ist genug». Albanese wird Ende Oktober zu einem offiziellen Staatsbesuch in die USA reisen.

erschienen am 13. September 2023 auf [Antiwar.com](https://antikrieg.com)

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_09_14_mehrals.htm

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in Bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

| | | |
|------------|-------|------|
| 120x120 mm | = CHF | 3.– |
| 250x250 mm | = CHF | 6.– |
| 300X300 mm | = CHF | 12.– |

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrütli 1225
8495 Schmidrütli
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrütli, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

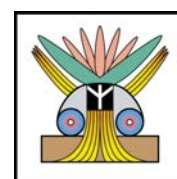
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli ZH, Schweiz